Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2023 *73. Jahrgang, Nr. 853/854*

Großer Andrang, große Aufmerksamkeit, große Hoffnungen

Lern- und Gedenkort Kaßberg wurde bei großem öffentlichen Interesse im Oktober festlich eröffnet

„Es war ein langer Weg, bis wir das erleben durften“, sagte der VOS-Bundesvorsitzende Hugo Diederich am Rande der Feierlichkeiten, und er fügte hinzu: „Es ist wichtig, dass wir das jetzt geschafft haben. Die Welt wird künftig auf diesen Ort schauen und staunen.“

In der Tat, mit der Eröffnung des Lern- und Gedenkortes im ehemaligen Stasi-Gefängnis im Chemnitzer Villenviertel Kaßberg wurde eine Lücke in der gegenständlichen Aufarbeitung der DDR-Diktatur geschlossen, die es dringend zu beseitigen galt. Viel früher hätte das geschehen müssen. Und ohne die intensiven Bemühungen der Leiterin Frau Dr. Steffi Lehmann sowie des immer hilfsbereiten Holker Thierfeld und natürlich das Wirken der gesamten VOS Sachsen mit ihrem Vorsitzenden Frank Nemetz an der Spitze hätten wir das bemerkenswerte Wochenende vom 20. bis 22. Oktober sicher nicht erleben dürfen. Es war ein Ereignis von internationaler Tragweite, und es weist auf eine Seite der sozialistischen Diktatur hin, die trotz ihrer Einmaligkeit zuweilen unterschlagen wird. Es wird an der Politik liegen, durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für eine angemessene Nutzung durch Zeitzeugen-Veranstaltungen und Events das Geschaffene mit Leben auszufüllen und die Aufmerksamkeit der Welt dauerhaft zu binden.

Allein, dass mehr als 33.000 Bürgerinnen und Bürger der DDR ihr Land nur verlassen konnten, nachdem sie inhaftiert und der „andere“ deutsche Staat sich bereit erklärt hatte, für ihre Entlassung Geld zu bezahlen, ist ein Vorgang, der seinesgleichen sucht.

Am Wochenende der Eröffnung nutzten bereits 3.300 Gäste die Möglichkeit des Besuches. Und natürlich waren auch die Politiker zur Stelle, wobei Sachsens Ministerpräsident gewiss nicht aus Pflichtgefühl erschienen ist, sondern ihm die Teilnahme wichtig war. Zudem bekam ein ehemaliger Insasse die Möglichkeit, seine Fluchtgeschichte darzustellen, und der Sänger und Autor Salli Sallmann durfte Stücke aus seinem reichhaltigen kritischen Repertoire vortragen.

Wenig glaubhaft ist ein Bericht über angebliche Verwöhn- Gewohnheiten des Ministeriums für Staatssicherheit, in dem behauptet wird, den Häftlingen wurde vor dem Freikauf in der U-Haft eine Art Happy-hour-Modus gewährt, indem man ihnen köstliche Speisen und West-Zigaretten servierte und die Zellentüren nicht mal mehr abschloss. Wer derartige Äußerungen in die Öffentlichkeit bringt, sollte das beweisen. Es schadet der Aufarbeitung und verharmlost bzw. leugnet die Leiden und Ängste, die auch in der letzten Haftphase zu den psychischen Belastungen des Häftlings gehörten. Denn gerade während der Tage vor dem Abtransport nach Gießen gab es immer noch Zweifel, ob man überhaupt auf der Freikaufliste stand. Selbst vor Abfahrt der Busse wurde gedroht, die noch-Häftlinge, die sich schlecht benähmen, gegebenenfalls auszusortieren.

Geteilter Meinung kann man zur Rolle von Anwalt Vogel sein. Sicher, Dr. Vogel betrieb den Freikaufhandel als eine Art Geschäft, das auch ein anderer Anwalt hätte abwickeln können, und er hielt meist Distanz zu den Betroffenen, so hat er doch trotz dieser Position mit Erfolg versucht, Menschen zu helfen.

B. Thonn

Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis

Öffnungszeiten:

Mittwoch bis Sonntag
jeweils 10 bis 17 Uhr

Eintritt 6, ermäßigt 4 Euro

Bundesvorstand und Redakteur wünschen den Leserinnen und Lesern sowie den VOS-Mitgliedern ein gesundes und glückliches neues Jahr

Das neue Jahr beginnt in wenigen Tagen, das alte geht zu Ende. Es ist wie üblich Zeit für einen Rückblick auf das alte und eine Vorausschau auf das neue Jahr.

Was haben wir in 2023 erreicht? Zweifellos war das Gedenken an den Juni-Aufstand von 1953 der Höhepunkt. Wie erwartet nutzten in erster Linie Politiker und Medien die Gelegenheit der öffentlichen Auftritte und der großen Berichterstattungen. Das ist verständlich, jeder würde das tun. Dass es um Verbesserungen der Lebenssituation gehen könnte, wurde fast gar nicht berücksichtigt. Aber hatten wir damit gerechnet? Im Gegenteil erhielt der stellvertretende Bundesvorsitzende bei einer Einzeldemonstration in Berlin eine konkrete Verwarnung, sollte er mit seinem Plakat nicht sofort verschwinden. Keine Frage, dass man entsprechende Androhungen ernst nehmen muss, egal wie eindrücklich und salbungsvoll der Bundespräsident, nach dessen Rede dies geschah, einige Minuten vorher zu seinem Volk gesprochen und wie er die Opfer gewürdigt hat. Den entschlossen handelnden Sicherheitskräften ist offenbar nicht klargewesen, dass sie hier nicht „arbeiten“ würden, wenn Kameraden wie Felix Heinz Holtschke nicht aktiv an der Beseitigung der SED- Diktatur mitgewirkt hätten. Manch einer dieser muskulösen Bodyguards wäre wegen seines guten Wuchses vielleicht in der Leibgarde von Erich Mielke gelandet oder er hätte im DDR-Leistungssport eine Karriere hingelegt und wäre zum Doping-Opfer geworden. Doch dies nur am Rande.

Blicken wir noch einmal auf das Jahr 2023. Wirklich Messbares haben wir indessen kaum erzielt. Unsere Fragen werden gar nicht oder durch Vertröstungen beantwortet. Unser Dasein, mehr noch unsere historische Leistung, gehört der Vergangenheit an, die massiven weltweiten politischen Konflikte überdecken unsere Sorgen und Nöte. Hinzu kommt ein Milliardenloch im Staatshaushalt. Unsere Politiker stoßen bei der Bewältigung der Aufgaben sowohl innen- wie außenpolitisch an schmerzhafte Grenzen, sie lassen uns SED-Opfer allein. Der Blick richtet sich auf andere Schauplätze. Die Ukraine verschlingt riesige Summen, in Nah-Ost ist ein kriegerischer Konflikt entstanden, der uns Unsummen kostet. Und dies: Allen 18-jährigen Deutschen wird ein Startkapital von 60.000 Euro in Aussicht gestellt.

Man muss nicht unbedingt behaupten, dies sind unberechtigte oder unkluge Pläne, denn auch wir wollen, dass es unseren Nachkommen gutgeht und dass in der Ukraine der Krieg beendet und das Land wieder aufgebaut und demokratisch regiert werden kann. Aber darf man deswegen die eigenen Bedürftigen vergessen und sie von oben herab wie Bettler behandeln?

Auf ein Wort des Redakteurs

Wir hatten kürzlich den Vorschlag unterbreitet, die Opferrente auf 800 Euro zu erhöhen und damit das Feilschen in Sachen Zwangsarbeit zu beenden und den Opfern den demütigenden Gang zu Ärzten und Gutachtern zu ersparen. Die Opferbeauftragte der Bundesregierung hat den Vorschlag in ihrem Jahresbericht weitergegeben. Seitens der Politik erfolgte keine Resonanz. Stattdessen wurde auf das Jahr 2024 verwiesen, wo über den laut Koalitionsvertrag angekündigten Inflationsausgleich entschieden werden soll. Das heißt, nicht mal eine Anpassung an die Inflation ist gesichert. Und sollte die Anpassung denn kommen, wären das nach dem gegenwärtigen Stand etwa fünf Prozent. Jede und jeder kann ausrechnen, was das in nüchternen Zahlen ausmacht.

Mich persönlich erreichen immer wieder Emails und Anrufe, in denen gefragt wird, was machen die für uns zuständigen Stellen, wieso reagiert die Politik nicht, warum geht es nicht vorwärts, nicht mal ein bisschen? Ich habe darauf keine eindeutige Antwort. Ich weiß, dass sich unser Vorstand bemüht, es werden oft genug Gespräche geführt. Es stellt sich natürlich die Frage, was Einzelne tun können. Auch dazu kenne ich kein allgemeingültiges Rezept. Ich halte es jedoch trotz der Ignoranz und der Ausflüchte für wichtig, das Gespräch mit den Politikerinnen und Politikern zu suchen. Das fängt mit den Abgeordneten der Wahlkreise an. Ob Bundes- oder Landtag ist unerheblich. Es sollte dabei freilich selbstverständlich sein, dass wir in solchen Gesprächen – auch in Briefen – höflich bleiben. Es ist mitunter vorgekommen, dass Kameraden dieses Gebot missachten. Wir als Ausgestoßene der Diktatur haben über Jahrzehnte sachlich und kooperativ mit Regierungsvertretern und Oppositionen zusammengearbeitet. Wir haben fast immer offene Türen vorgefunden und wurden angehört. Ich selbst bin vor zwanzig Jahren mit dem Bundesvorstand bei den Fraktionsspitzen gewesen. Es waren schwierige, aber höfliche Gespräche, die wir führten. Wir haben seinerzeit nicht nur Forderungen gestellt, sondern unsere politischen Erfahrungen weitergegeben. Letzteres ist sicherlich heute, in einer Zeit, in der uns der Boden unter den Füßen brennt, ein dringendes Erfordernis. Die Konflikte auf dem Erdball nehmen zu, kaum jemand dürfte ohne Angst sein, dass sich das Kriegsszenario bis zu uns ausweitet. Wir erinnern uns der Krisen und Kriege, die es gab. Ein Dauerthema war das geteilte Berlin, später kam Afghanistan, noch und noch ging es um die Freilassung politischer Häftlinge und um Todesschüsse an der innerdeutschen Grenze. Wir fanden oft Gehör, und ich bin der Meinung, das wird uns weiter gelingen. Wir haben in diesem Jahr gesehen, welches Interesse die Eröffnung des Lern- und Gedenkortes Chemnitz gefunden hat. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass wir sowohl durch den Beirat und vor allem durch die Leiterin der Einrichtung gute Unterstützung finden konnten. Daran wird sich nichts ändern, und somit sollten wir trotz manches Verdrusses mit Optimismus in das neue Jahr gehen. Wir sind sicherlich nicht mehr so stark wie in unseren besten Zeiten, doch deshalb müssen wir uns nicht einreden, wir wären schwach.

Alle guten Wünsche den Leserinnen und Lesern sowie den Kameradinnen und Kameraden für das neue Jahr,

Ihr/euer Alexander Richter-Kariger

AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

Für 2024 gibt es nur magere Hinweise auf finanzielle Besserstellung und sonstige Erleichterungen für die Opfer der SED-Diktatur

Titelseite

Das Unfassbare, das nun zu besichtigen ist
Am Chemnitzer Kaßberg wurde nach langer Vorbereitung der Lern- und Gedenkort eröffnet

***Redaktionsthema*:**
Es war kein leichtes Jahr für uns
Der Blick zurück auf 2023 und die Vorausschau auf 2024 2

Ein Stufenplan und dann unsere Forderungen zur Chefsache machen
Mit Klugheit und Umsicht könnten wir im nächsten Jahr unsere Ziele erreichen 4

Denkmal für die Helden vom Juni 1953
Peter Hippe tut in der rheinländischen Heimatstadt viel für die Opfer der SED-Diktatur 5

Mit 51 Schüssen zur Strecke gebracht
VOS erinnert mit Bürgermeister Straub und Landesbeauftragter an Grenzregime 5

In zwangloser und vertrauter Atmosphäre Erinnerungen ausgetauscht
Ex-Bundespräsident Joachim Gauck besuchte Neubrandenburg 6

Die Ansätze und einige Informationen sind da, Verbesserungen wären sinnvoll
Ein Besuch der Gedenkstätte am Münchner Platz in Dresden 7

Porträt: Einer von und für uns
Der ehemalige politische Häftling und Schauspieler Jochen Stern ist 95 geworden 8

Nachruf: Sie war eine unserer Besten
Christina Maria Kirchner aus Salzburg stirbt mit 99 Jahren 9

Ausrede oder guter Wille?
Potsdamer Kulturausschuss berät mit FORUM über Straßenbenennung zu Gartenschläger 10

Echtes Interesse oder nur Neugier?
Für die ehemalige UHA in Neubrandenburg gibt es vielleicht ein positives Signale 11

Selbstdarstellung in den Medien hat für sie absolute Priorität
Das Bündnis Wagenknecht glänzt äußerlich, doch im Innern ist es unglaubwürdig 11

Seine negativen Seiten wurden ausgeblendet
DDR-Kultur-Funktionär Höpcke gestorben 12

Trotz Ignoranz und Verdrängung gehen wir zuversichtlich ins neue Jahr
Vorstandsmitglied Felix Heinz Holtschkes Grußwort ist mehr als ein Mutmacher 13 - 14

Ausdruck der politischen Unzufriedenheit
In Deutschland gibt es eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Parteien. Und es werden mehr 14

Parteien: Es boomt in Deutschland
Jedes Jahr werden Parteien in zweistelliger Zahl gegründet 14

Von Brandenburg nach Karl-Marx-Stadt – Freikauf-Erinnerungen 15

Rückenschuss statt Ausreise: Das Regime offenbart immer mehr Grausamkeiten
Nach vier Jahrzehnten soll ein ungeklärter Tötungsfall aufgerollt werden 15

Ampel: Sind vorzeitige Wahlen sinn voll?
Die Unruhe im Volk spricht dafür 15

Eine handschriftliche Nachricht als Antwort auf großes Fragen-Spektrum
In Neubrandenburg läuft die VOS weiter gegen geschlossene Türen und Münder 16

Klartext: Das hat unsere Demokratie nicht verdient
Ein Brief an Minister Hubertus Heil spricht die Verzweiflung vieler Kameraden aus 17

Das Buch: Kopfnüsse und SED-Parolen
Der Nachhall der DDR-Erziehung: Eine Generation, die bisher kaum gehört wurde 18 – 19

Ein dauerhaftes Anrecht auf politische Pfründen?
Darf Petra Pau Bundestagsvize bleiben? 19

War das nicht längst abzusehen?
Linke erleben Bauchlandung bei Wahlen in Bayern und Hessen 20

Eröffnung des Lern- und Gedenkortes Chemnitz-Kaßberg
Statement des Fördervereins ? 20

News, Impressum 20

Rubriken:

Historisches Gerichtsurteil 6
Zitat 9
Ehrung für Peter Hippe in Düren NRW 7
Knastlexikon 8
Leserbriefe 8, 9, 13 17

Spendenbereitschaft könnte größer sein, denn sie hilft uns allen:

Inge und Frank Dickmann, Michael Krug, Beate Rusch, Karl-Heinz Ulrich, Dr. Stefan Lindner, Hans-Jürgen Tippelt, Horst Lindemuth, Manfred Loos, Hanne-Lore Dahnke, Brigitte Voelkel, Anneliese Bittner, Reiner Miserocchi, Ingrid und Michael Faber, Manfred Krafft, Dr. Bernd Palm, Rotraut und Detlef von Dechend, Paul Radicke, Friderun und Egon Seel, Karla und Dieter Bachmann, Karl-Heinz Genath, Wilfried Seifert, Peter Klaußner, André Rohloff, Karl-Günter Wehling, Dr. Klaus Mlodzianowski, Roland Steinbach, Hede Ehrlich, Dieter Berger, Bernd Noll, Fritz Schaarschmidt, Joachim Nitsch, Bernd Schnabelrauch.

Ein großer Danke allen Spendern

Bitte beachten: Im nächsten Jahr würde die DDR 75 Jahre alt. Wer hat welche persönlichen Erinnerungen?

Gedenkstein in Düren ist dank Peter Hippe winterfest

🖳 Das Gedenken an die Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft wird in der NRW-Kreisstadt Düren ernst genommen. So wurde im Zuge der Herbstbepflanzung das Beet vor dem Gedenkstein mit der Aufschrift: *VOS – den Opfern des 17. Juni 1953* neu hergerichtet und der Stein gereinigt.

Seitens der VOS kümmert sich der in Düren ansässige Kamerad Peter Hippe um die Erhaltung der Anlage. Kamerad Hippe war es auch, der auf eine Anfrage hin die Errichtung des Gedenksteines bei der Stadt Düren erreichen konnte.

Allerdings muss gesagt werden, dass die Stadt, vertreten durch ihren Bürgermeister Herrn Ulrich stets ein offenes Ohr für die Anliegen der SED- Opfer hat. Dies zeigt sich auch in der Organisation und Teilnahme von Feiern zum Opfergedenken, bei denen er selbst stets anwesend ist und in seinen Reden den Widerstand und die Leiden im SED-Staat würdigt.

Nicht zuletzt zeichnet der Bürgermeister auch hauptverantwortlich, dass Kamerad Hippe im ersten Halbjahr 2023 die Ehrenmedaille der Stadt Düren verliehen wurde. Er hielt auch eine sehr anerkennende Rede, als Peter Hippe vor zwei Jahren das Ehren-Abitur erhielt. Die VOS dankt Herrn Frank-Peter Ulrich für seinen Einsatz zu Gunsten der SED-Opfer und für unseren Opferverband.

H. Diederich, Bundesvorsitzender

Ein Stufenplan könnte vieles vereinfachen und uns schneller ans Ziel bringen

Die wirksame Erhöhung der Opferrente an erster Stelle

✉ Die Regierungshalbzeit ist erreicht. Zwei Jahre „Ampel“ liegen hinter, zwei Jahre vor uns. Die Bilanz für uns SED-Opfer ist mager. Wir stehen bei null. Ich habe die vorletzte Ausgabe der Freiheitsglocke sehr aufmerksam gelesen. Ich stelle fest: Von der Bundesbeauftragten für die SED-Opfer wurde viel Arbeit geleistet. Es ist ein sehr guter Rahmenplan entstanden, ein guter Schuss in die richtige Richtung wurde abgegeben. Nun gilt es, konsequent auf das Erreichen unserer Ziele hinzuarbeiten.

Wie schon zuvor befürchtet, hat die Durchsetzung des genannten Rahmenplanes in seiner Gesamtheit kaum Erfolgsaussichten. Dieser Plan beinhaltet vorerst noch zu viel „Wollen“. Ich glaube daher, dass seine Umsetzung nicht bloß Monate, sondern Jahre dauern würde – wenn er nicht sowieso irgendwann aufgegeben wird. Es soll ja möglichst schnell gehen, darin sind wir uns alle einig.

Für mich stellt sich die Frage: Wer kann sich unserer Forderungen im Einzelnen annehmen und sie vertreten? Mein Vorschlag wäre zunächst ein Sortieren der Aufgabenstellung. Dabei geht es um:

a) Die Schaffung einer Arbeitsgruppe im Bereich der Regierung bzw. im Bundestag mit je einem Vertreter von Bündnis 90, SPD, FDP sowie einem oder zwei sachkundigen Delegierten der VOS, wobei die Bundesbeauftragte die Leitung übernehmen sollte.

b) Es geht um schnelle Ergebnisse. Diese sind direkt an die Bundesregierung weiterzuleiten. Wir sollten einen Antrag an den Bundeskanzler stellen, damit er das zur Chefsache macht.

Danach tritt ein Stufenplan in kraft.

- **Stufe 1**: Vordringlich ist die Anhebung der Opferrente um mindestens 270 Euro pro Monat. (Diese Hilfe käme den besonders von Armut betroffenen Opfern schnell zugute. Eine Anhebung wäre unverzüglich machbar, diese ist auch begründet, da die Opferrente in keiner Weise Bezug zu der allgemeinen Teuerung / Inflation genommen hat).
- **Stufe 2**: Die Einführung einer Vererbbarkeit der Opferrente für Hinterbliebene. (Eventuell mit Stichtagsregelung: Eheschließung vor dem 31.12. 1989).
- **Stufe 3**: Gewährung der Opferrente ohne Anrechnung auf das Einkommen bzw. deutliche Anhebung der bisher geltenden Grenzen. Damit wäre die einfache Form einer Ehrenrente angestrebt bzw. eingeführt.

Über weitere Stufen wäre kurzfristig und unter Berücksichtigung der Dringlichkeit zu entscheiden. Auf jeden Fall würde die Umsetzung der Stufen 1 bis 3 zu einer gewissen Ruhe unter den Opfern führen. Die Betroffenen hätten konkrete Angaben hinsichtlich der Zeit und der Inhalte. Geld ist trotz angekündigter Sparmaßnahmen vorhanden. Der Anteil dieser Ausgaben am gesamten Haushalt ist nur minimal. Woran es fehlt, sind die Aufmerksamkeit und das Wollen. Sollte die Regierung unseren Vorschlägen ausweichen, wäre das beschämend.

Ich selbst bin trotz meines Alters (97 Jahre) immer ansprechbar, ich werde mich auch weiter äußern und mich einmischen. Ich halte unsere Forderungen für durchaus gerechtfertigt. Ich bin dankbar, dass es die VOS gibt und wir mit der Freiheitsglocke ein starkes Verbandsorgan haben. Ich wünsche allen ein gesegnetes Fest und dem Bundesvorstand und dem Redakteur eine glückliche Hand bei der Vertretung unserer Interessen.

Ihr/euer Karl-Heinz Genath, geboren im April 1926

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, als Bundesvorsitzender möchte ich euch allen ein frohes Fest und ein gesundes neues Jahr wünschen. Ich versichere euch, der Bundesvorstand wird auch im nächsten Jahr alles tun, um unsere Forderungen und Wünsche voranzubringen. Wir werden dazu die Kontakte zu Frau Zupke nutzen und auch weiter auf eure Vorschläge und Anregungen zurückgreifen. *Euer Hugo Diederich*

Mit der Gnadenlosigkeit des *Friedensstaates* nicht gerechnet

Ausstellung in Eisleben dokumentiert den tödlich endenden Fluchtversuch eines 15-Jährigen

Die VOS Sachsen-Anhalt als Veranstalter, in enger Kooperation mit der Lutherstadt Eisleben und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED Diktatur aus Magdeburg, hat am 29. September in den Ausstellungsräumen des St. Katharinenstifts in Eisleben die Wanderausstellung „An der Grenze erschossen“ eröffnet.

Zur Eröffnung wurde das Ave Maria gespielt und ein Auszug aus der Todesliste der Opfer an der Innerdeutschen Grenze in Sachsen-Anhalt verlesen. Der anwesende Bürgermeister Carsten Straub würdigte die Toten in einer angemessenen Rede. Auf der Liste der eingeladenen Gäste stand auch die SPD-Abgeordnete Katrin Budde, die sich durch ihren Büroleiter Mike Künzel vertreten und ein einfühlsames Grußwort übermitteln ließ.

Durch die VOS wurde als Beispiel das Schicksal des getöteten Schülers Tom M. geschildert, der 1979 versuchte, mit seinem Kameraden Olli R. durch Republikflucht die DDR zu verlassen. Tom M. und Olli R. waren Absolventen der 10. Klasse in Halle/Saale, sie hatten offensichtlich einige Probleme in der Schule, die ihnen kurz vor dem Abschluss erheblich zu schaffen machten.

Olli R. (15) überredete seinen gleichaltrigen Klassenkameraden Tom M., in den Westen „abzuhauen“. So kam es, dass beide anstatt am Morgen des 8. Dezember 1979 in die Schule zu gehen, gegen 8 Uhr einen Zug vom Hallenser Hauptbahnhof nach Nordhausen bestiegen. Von dort fuhren sie weiter mit der Harzquerbahn nach Sorge. Im Campingbeutel eines der beiden Jungen fand die Stasi später ein paar Kleidungsstücke, Konserven, Bücher, Essbesteck sowie ein Radio. Der Schüler Olli R. kannte sich im Grenzgebiet aus, weil er mit seinen Eltern dort zuvor auf Urlaub war. Als die beiden das erste Hindernis (offenbar einen Signalzaun) passiert hatten, gingen sie davon aus, dass es wohl einfacher als zunächst angenommen sei, die Grenze zu überwinden. Sie glaubten, an dieser Stelle schon in Niedersachsen zu sein. Sie ahnten jedoch nicht, dass sie von ihnen unbemerkt am Signalzaun einen unter Niedrigspannung stehenden Draht berührt und Alarm ausgelöst hatten. Aus den sehr umfangreichen Stasi-Akten ging hervor, dass der 15-jährige Schüler Tom M. durch 51 Schüsse aus den Waffen von zwei Grenzsoldaten (beide etwa 19 Jahre) getroffen wurde. Aus den Unterlagen geht hervor, dass die Flüchtenden von den Schützen angerufen wurden und es einen Warnschuss gab. Olli R. – Überlebender und Zeuge der tödlichen Schüsse – konnte dies später jedoch nicht bestätigen. Die beiden Grenzsoldaten wurden nach dem Mauerfall 1996 in Magdeburg nach dem Jugendstrafrecht jeweils zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Das Gericht argumentierte bezüglich des unfassbar milden Urteils, dass der Todesschütze nicht ermittelt werden konnte, da aus zwei Waffen geschossen wurde.

Durch die Obduktion der Leiche im Jahr 1979 in Magdeburg wurden eindeutig festgestellt, dass die Schüsse der Grenzsoldaten zum Tod von Tom M. geführt haben.

Die Hinterbliebenen des Jungen wurden nach dessen Tod mit einer Lüge abgespeist. Man teilte den Eltern mit, ihr Sohn sei durch einen Unfall ums Leben gekommen.

Olli R. als Initiator der Flucht hatte Jahrzehnte lang schwere Schuldgefühle. Er äußerte sich erst viel später zu den Vorgängen an der Grenze. In ihrem Redebeitrag informierte die Landesbeauftragte für die SED-Opfer in Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker aus Halle/Saale, sachkundig über das DDR- Grenzregime.

Bürgermeister Carsten Straub, sagte der VOS seine Unterstützung bei der Suche nach weiteren Ausstellungen im Mansfelder Land zu unterstützen. Die hier genannte Ausstellung war bis zum 27. Oktober 2023 zu sehen. Sie stieß auf beachtliches Interesse. *M. Teupel*

Foto (v. l. n. r.): Bürgermeister Carsten Straub, Michael Teupel, Frau Becker-Neumann

Anm. d. Verfassers: Bei den Namen der genannten Jugendlichen handelt es sich nicht um Klarnamen. Sie wurden vom Bundesarchiv in Berlin abgeändert. Der Verfasser hat diese Namen übernommen. Durch den Redakteur der Fg wurden sie dennoch abgekürzt.

Hinweis: Bitte lesen Sie auf der nachfolgenden Seite den Auszug eines Gerichtsurteils von 1983, in dem die Grenzmorde der DDR vom Gericht geleugnet werden.

DDR-Justiz: Sechs Jahre Z. für die Wahrheit

Aus einem DDR-Gerichtsurteil vom 1. Juli 1983

Wie die DDR-Organe sich selbst belogen und wider besseres Wissen gegen geäußerte Wahrheiten vorgingen, zeigt das Gerichtsurteil gegen den Fg-Redakteur Richter-Kariger vom 1. Juli 1983. Richter-Kariger hatte in einem staatsfeindlichen Manuskript alle Bereiche der DDR angegriffen bzw. geschrieben, was ohnehin jeder wusste. So ging es um die Todesschüsse an der Grenze, wo er in Romanform den Tod eines Mädchens durch die Schüsse von Grenzsoldaten beschrieb. Das MfS hatte das Manuskript bei der Verhaftung 1982 beschlagnahmt und in monatelangen Vernehmungen „ausgewertet". In der Gerichtsverhandlung wurde der „Extrakt" in das Urteil aufgenommen. Dazu hieß es (wörtlicher Auszug):

„Hinsichtlich der Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Berlin (West) äußert sich der Angeklagte in „AL" in übelster Weise. Bei der Schilderung eines angeblichen Falles der Tötung eines jungen Mädchens an der Staatsgrenze schreibt er u. a., daß in „verspielter Knallerei" Menschen sinnlos ermordet werden. Er unterstellt der DDR, daß die Leichen spurlos verschwinden und die Angehörigen der „Ermordeten" keine Nachricht erhalten. Jemand müsse versuchen, den ungerechten Tod aufzudecken und ihn zu rächen."

Das Urteil lautete (wörtlich):

1. Der Angeklagte wird wegen staatsfeindlicher Hetze (Verbrechen gem. § 106 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 StGB sowie gem. § 106 Abs. 1 Ziff. 1 StGB in der Fassung von 1977) zu einer Freiheitsstrafe von

6 – sechs – Jahren

verurteilt.

2. Gem. § 56 StGB werden eingezogen: - Manuskript - der 1. Fassung (3. Buch). – Manuskript der 2. Fassung (1. Buch). - Manuskript der 2. Fassung (2. Buch) …

Warum drücken sich so viele Verantwortliche vor dem schwierigen Erbe?

Der ehemalige Bundespräsident besucht die Stadt Neubrandenburg und die einstige Stasi-Zentrale des Bezirks

Am 23. September 2023 besuchte der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck das Stasi- Unterlagen-Archiv die Stadt Neubrandenburg. Gauck war im Juni 1990 durch die letzte Volkskammer der DDR zum Vorsitzenden des Sonderausschusses zur Kontrolle und Auflösung des MfS gewählt worden, am 2. Oktober 1990 wurde er dann zum Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR berufen.

Im wiedervereinigten Deutschland führte er diese Aufgabe – nun unter der Amtsbezeichnung Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – an der Spitze der umgangssprachlich oft nach ihm benannten "Gauck-Behörde" bis ins Jahr 2000 fort.

In zwangloser und vertrauter Atmosphäre tauschte Joachim Gauck sich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stasi-Unterlagen-Archivs über gemeinsame Erinnerungen aus. Gaucks besonderes Interesse galt außerdem den Erfahrungsberichten der Kolleginnen und Kollegen über den Stand der Aufarbeitung in der nordöstlichsten Region Deutschlands und die Resonanz der Bürgerinnen und Bürger auf die Veranstaltungen und Führungen.

Joachim Gauck betonte den Wert der Aufarbeitung und dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dienststelle Neubrandenburg stellvertretend für alle Mitarbeitenden des Stasi-Unterlagen- Archivs für ihre Arbeit. Ferner unterstrich Joachim Gauck die besondere Bedeutung von authentischen Orten als Erfahrungsräume, die Geschichte heute fassbar machen. Der Neubrandenburger Lindenberg sei ein hervorragendes Beispiel für die gelungene Nutzung eines historischen Ortes im Sinne der Aufarbeitung und Demokratievermittlung. Hier waren seit den 1980er Jahren innerhalb eines abgeschirmten Areals sowohl die Bezirksverwaltung als auch eine Untersuchungshaftanstalt des MfS untergebracht. Am Vormittag desselben Tages hatte Joachim Gauck an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des sowjetischen Internierungslagers Fünfeichen teilgenommen (siehe Bericht vorige Freiheitsglocke Seite 16). Das Bundesarchiv war dort durch den Leiter des Stasi-Unterlagen-Archivs Neubrandenburg, Michael Köllner, vertreten.

Vor dem Hintergrund von Joachim Gaucks Aussage ist es umso unverständlicher, dass die Stadt Neubrandenburg die ehemalige MfS-Untersuchungshaftanstalt in Neubrandenburg abreißen möchte und damit zulässt, dass wertvolle bauliche und sonstige Zeugnisse der Erinnerung dem Vergessen anheimfallen werden Und das, um an diesem Unrechtsort, sozialen Wohnungsbau zu realisieren. Mehr als 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution von 1989 hat es die Stadt Neubrandenburg immer noch nicht geschafft, für alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft einen würdigen und authentischen Gedenk- und Erinnerungsort zu schaffen. Warum drücken sich so viele Verantwortliche der Stadt vor dem schwierigen Erbe? Warum geht man nicht auf die Forderungen und Hinweise der Opfer ein?

André Rohloff / Foto: VOS

Es ist ein Bemühen um Objektivität spürbar. Reicht das?

Ein Besuch in der Gedenkstätte am Münchner Platz in Dresden führt zu Kritik und Vorschlägen
von Dr. Bernd Müller-Kaller und Karl-Heinz Mantau

Dass in diesem Gebäude die Hinrichtungsstätte der NS-Justiz gewesen ist, wissen heute viele. Dieses Wissen hat sich durch die politische Entwicklung in Deutschland wie selbstverständlich verbreitet. Die Verbrechen der Sowjets / der Russen an diesem grausamen Ort wurden von der SED totgeschwiegen und nach 1990 von führenden westdeutschen Historikern unterdrückt.

Wir waren daher, als wir am 21. August 2023 gemeinsam die Gedenkstätte besuchten, daran interessiert, wie sich in der aktuellen Gestaltung der Gedenkstätte nach über 30 Jahren Deutsche Einheit die wahre Geschichte ab 1945 widerspiegelt. Natürlich war das Schwergewicht der Ausstellung auf die NS-Verbrechen gelegt, das ist zu erwarten gewesen. Aber angenehm überraschte man uns damit, dass im Teil der Hinrichtungs- und Verbrechensgeschichte der Sowjets und der DDR nicht viel Falsches dargestellt wurde. Es ist ein Bemühen um Objektivität spürbar. Allerdings müssen wir einzelne Sätze in der Wandgestaltung des Erdgeschosses kritisieren:

Dieser Satz entspricht nicht der historischen Wahrheit

Im zweiten Satz einer Beschriftung heißt es z. B.: „Die sowjetische Geheimpolizei konzentrierte sich anfangs darauf, Menschen vorbeugend zu verhaften, die sie wegen ihrer Rolle im Nationalsozialismus für gefährlich hielt."

Dieser Satz entspricht nicht der historischen Wahrheit. Die Fakten sprechen dagegen. Denn wieso sollte z. B. der hier 1945 inhaftierte 22-jährige John Noble, der Sohn eines Kamerafabrikanten aus Dresden wegen seiner Rolle im Nationalsozialismus gefährlich gewesen sein, noch dazu, wo er amerikanischer Staatsbürger war?

Schon die Tausenden 12- bis 18-Jährigen, die in Gefängnissen wie am Münchner Platz und in den Speziallagern nach 1945 gefangen gehalten, gefoltert und ermordet wurden, konnten allein durch ihr Alter – sie waren Schüler! – keine Rolle im Nationalsozialismus gespielt haben. Oder nehmen wir den neunjährigen Jungen, den die Russen 1945 im Gefängnis Münchner Platz gefangen hielten und grausam folterten, wie John Noble das schilderte. Was konnte der Junge mit nationalsozialistischen Verbrechen zu tun haben?

Es sind somit weitgehend willkürliche Verhaftungen gewesen. Auch Klaus Rümmlers Vater, von dem die Haft-Unterlagen der Gedenkstätte zur Verfügung gestellt wurden und der zwar Mitglied der NSDAP, aber ein ganz normaler Berufsschullehrer war, kann im Nachhinein nicht als Naziverbrecher bezeichnet werden.

All diese Menschen waren keine Gefahr für die Gesellschaft und auch nicht für die Besatzungsmacht. Sie wurden willkürlich oder aufgrund von Denunziationen verhaftet und ermordet.

Bemängelt muss auch werden, dass ein so wichtiger Zeitzeuge der Gedenkstätte Münchner Platz wie John Noble zwar im Bild in der Gedenkstätte zu sehen ist, aber seine Bücher und sein Film nicht den Besuchern zur Verfügung stehen und auch nicht darauf hingewiesen wird.

John Noble musste in seiner Haftzeit im Gefängnis Münchner Platz Kartei führen, hatte also Einblick in Totenlisten, Erschießungen und in sonstige Vorgänge. Warum sind sein Buch „Der internationale GULag", seine Aussagen und seine Zeugnisse zur Haft nicht Gegenstand der Ausstellung?

Unter dem Bild von John Noble in der Ausstellung heißt es, dass ein Mitarbeiter 1990 vermerkte, dass der Museumsführer, der 1952 erschienen ist, neu geschrieben werden müsse (Auch John Noble forderte das).

Wer war der Mitarbeiter?

Aktuell gibt es keinen Museumsführer. Wenn ein anderer Satz an der Wand noch aussagt: „Andere wurden wegen ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Beteiligung an NS-Verbrechen inhaftiert" – so wird doch durch solche Sätze dem Besucher immer wieder suggeriert, dass wahrscheinlich viele Naziverbrecher in solchen Gefängnissen oder in den Speziallagern waren und die Vielzahl der Häftlinge gerechtfertigt war. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Denn in der Ausgabe 4 / 2000 der VOS-Monatszeitschrift „Freiheitsglocke" wird sogar der Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Dr. Müller auf einem Forum der Konrad-Adenauer-Stiftung zitiert.

Das ist aktenkundig belegt und beruht auf Forschungen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Er führte dort aus, dass der Anteil von NS-Verbrechern gerade mal ein Prozent betrug. Das ist also aktenkundig belegt und beruht auf Forschungen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten!

Auch meine eigenen Forschungen (siehe dazu auch mein Buch „GEWALT tschekistisch" im Verlag „tredition" Hamburg erschienen), belegen das. Wir fordern daher, dass solche Erkenntnisse und die Erinnerungen des Zeitzeugen John Noble in der Gedenkstätte ihren Niederschlag finden!

John Noble ist darüber hinaus eine wichtige Persönlichkeit der Geschichte Dresdens.

Dr. B. Müller-Kaller,
Karl-Heinz Mantau

Erfreuliche Anerkennung für Peter Hippe

Staatssekretär gratuliert zu städtischer Auszeichnung

Noch im September durfte sich unser Kamerad Peter Hippe (Düren/ NRW) über ein persönliches Glückwunschschreiben des Staatssekretärs a. D. Thomas Rachel zur Verleihung der Bürgermedaille der Stadt Düren freuen. Insonderheit würdigte Herr Rachel die jahrelange Zeitzeugen-Arbeit an den Dürener Schulen und das politische Wirken in seiner Stadt. *T.H.*

Jochen Stern: Berühmt, beliebt und lebendig

Vorbild und Ansporn für die „Jüngeren“ im Verband und im Zeitzeugen-Projekt

Der Schauspieler Jochen Stern ist im Kreise der ehemaligen politischen Häftlinge ein echter Promi. Er hat in zahllosen Filmen mitgewirkt, war Seriengestalt und ist Buchautor. Er reist durch die Regionen – derzeit ist es Sachsen-Anhalt, wo er an Schulen auftritt und anhand seines Lebenslaufes geschichtliches Wissen vermittelt –, hält dort Vorträge und stellt sich den Fragen des Publikums. Und das obwohl er vor zwei Monaten 95 Jahre wurde. Er ist ein Tausendsassa und einer, der trotz seiner Popularität und seines Charismas nicht abgehoben oder überheblich auftritt.

Jochen Stern ist darüber hinaus nicht „nur“ Zeitzeuge und Protagonist, er hat auch spannende Bücher mit geschichtlichem Hintergrund verfasst, aus denen beispielsweise bei der Gedenkfeier am 17. Juni in Düren eine längere Passage zitiert wurde.

Stern wurde 1947 in Frankfurt/Oder verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. 1954 wurde er vorzeitig entlassen und ging in die Bundesrepublik, wo er nach mehreren Stationen am Theater anfing und später zum Film und Fernsehen kam. Bevor er (vor allem durch die Serie „Ein Herz und eine Seele“) über die Grenzen hinaus Bekanntheit erlangte, arbeitete er hart. Es zahlte sich aus, was letztlich durch die hohen Auszeichnungen (Grimme-Preis, Heuss-Medaille) seinen Niederschlag fand. Neben der Mitwirkung in einer Vielzahl von Serien oder Tatort-Folgen, in denen er markante Charaktere darstellte, brillierte er in dem Filmklassiker „Altersglühen“ an der Seite von Mario Adorf, Senta Berger und anderen Filmgrößen.

Das VOS-Zeitzeugen-Projekt in NRW ist für Jochen Sterns Mitwirkung überaus dankbar und hofft auf viele weitere Einsätze. *Valerie Bosse*

Was wir (auch) nicht vergessen sollten

Das D D R / K n a s t l e x i k o n

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die in der DDR nicht nur in der Haft verwendet wurden und die man keinesfalls vergessen sollte.

H e u t e:

Tütchen (rauchen)

Tütchen waren im Zuchthaus Brandenburg-Görden ein gängiger Zigarettenersatz. Die T. sind/waren kleine Papierfähnchen, die zu losen Trichtern zusammengerollt werden und unten eine minimale Öffnung behalten. Der eine oder die andere wird in Filmen gesehen haben, dass auf diese Weise Gras (Cannabis) konsumiert wird. Bei den hier genannten T. war die Vorgehensweise identisch. In die T. wurde Tabak geschüttet, dieser wurde entzündet, und bei schräg gehaltenem Kopf konnte man den Qualm inhalieren. Die berechtigte Frage dürfte lauten: Warum benutzten die Raucher keine Tabakspfeife bzw. warum kauften sie sich keine Zigaretten?

Die Antwort ist einfach: Es lag am Geld, von dem man in der Haft meist zu wenig hatte. Die aus Gründen des kriminellen Lebenswandels inhaftierten Mitbürger waren dabei besonders übel dran. Sie hatten ihren ohnehin geringen Geldbestand in der U-Haft aufgebraucht und konnten sich weder eine Tabakspfeife noch ein Päckchen Zigaretten leisten.

Und ganz davon abgesehen war das Rauchen von T. noch weitaus schädlicher als der Konsum der eigentlichen Zigaretten und vielleicht sogar des Genusses von Cannabis. Das, was als Tabak in den besagten T. war, war der bereits versottete Rest aus den aufgerauchten Kippen, die die etwas wohlhabenderen Häftlinge weggeworfen hatten.

Das Rauchen von T. war demnach besonders schädlich, vielleicht sogar tödlich. Dauerhafter Konsum konnte letztlich zum frühen Ende des Lebens und damit auch der Haft führen. *Igor Gerd Lesnikow*

Anm. d. Autors: Sehr gern nehmen wir Ihren/deinen Beitrag – mit oder ohne Nennung des Namens – in diese noch in der Entwicklung befindliche Rubrik auf.

VOS nun im UOKG-Vorstand

Felix Heinz Holtschke zum Beisitzer gewählt

Nach mehreren Anläufen hat es nun der größte noch existierende Verband der SBZ/SED-Opfer geschafft, einen Vertreter in den Vorstand des Dachverbandes UOKG zu delegieren. Auf der Generalversammlung 2021 war beschlossen worden, Felix H. Holtschke als einen von vier Beisitzern zu nominieren. Die VOS ist innerhalb des Dachverbandes die stärkste Organisation. Zahlenmäßig stellen auch die Vertriebenen eine vielköpfige Vertretung dar, doch sind nur noch wenige von ihnen in Verbänden organisiert. Ansonsten gibt es zahlreiche kleine Initiativen und Gruppen innerhalb der UOKG, die das gleiche Stimmrecht wie die zahlenmäßig immer noch sehr starke VOS haben.

Hugo Diederich

Bundesvorstand sollte auch hier aktiv sein

Bitte das Buchangebot über SED-Diktatur verbessern

✉ Liebe Redaktion der Freiheitsglocke, soeben habe ich die Ausgabe September/ Oktober bekommen. Ich erfuhr vom Bundesvorsitzenden, dass die drei Affen sehr genau über eure „Political Correctness“ wachen. Nur mit den neuen Aufgaben des Genderns habe ich Probleme. Zeitzeuginnen und Häftlinginnen gelingen nicht immer.

Dass man die Ansprüche der DDR-Geschädigten auf die biologische Art lösen will, ist immer wieder offensichtlich. Man sollte aufgrund der vielen Nöte, die uns nicht nur von der AfD suggeriert werden, um uns insgesamt unzufrieden mit der Regierung und der Demokratie werden zu lassen, dafür Verständnis haben. Schließlich sind der Ukraine-Krieg, Berg-Karabach, die Flüchtlingsprobleme, die Wolfsrudel (!), der Klimawandel oder die Inflation brennende Themen für uns alle. Auch die fehlenden Fachkräfte vor allem im medizinischen und Pflegebereich, der Nahost-Krieg, die schweren Erdbeben sind keine Erfindungen.

Der Bericht zum Häftlingsfreikauf (vorige Fg) trifft genau mein persönliches Erlebnis.

Zum Schluss eine Bitte, die alle Stasi-Opfer angeht: Ich las in einem Zeitungsartikel, dass in einer Buchhandlung in der Stasi- Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen zu wenig Literatur über die DDR angeboten wird. Die Diktatur wird dadurch verharmlost bzw. verschwiegen. Und letztlich ist der Ort dazu geschaffen, Schicksale von SED-Opfern und die Verhältnisse zu dokumentieren. Ich selbst bin nicht in der Lage, dies zu überprüfen und genauere Angaben zu machen. Ich bitte jedoch den Bundesvorstand der VOS um Klärung.

Ferdinand Gesell

Ich könnte Sahra Wagenknecht nie vertrauen. Wer seine Partei – auch wenn es sich um Die Linke handelt – im Stich lässt und zerstört, wird vermutlich auch sein Land im Stich lassen, wenn die eigene Geltungssucht nicht mehr befriedigt wird.

Nachruf: Sie war die Letzte der Überlebenden, die im Lager entbinden mussten

Christa-Maria Kirchner mit 99 Jahren in Salzburg verstorben

H. Diederich Die VOS trauert um eine ihrer zuverlässigsten Kameradinnen. Im Alter von 99 Jahren verstarb in Salzburg Christa-Maria Kirchner (Foto: Mitte). Kameradin Kirchner, 1924 im schlesischen Bad Landeck geboren, war vom 14. April 1946 bis zum 17. Januar 1950 im Lager Sachsenhausen interniert. Sie war schwanger und wohnte zu der Zeit in Berlin-Friedenau, hielt sich aber am Tag der Verhaftung in Dresden auf, wo der sowjetische Geheimdienst Zugriff auf sie hatte und sie trotz der Schwangerschaft in die Haftanstalt Berlin- Hohenschönhausen schaffte. Während der Haft brachte sie – das genaue Datum war der 19. November 1946 – ihre Tochter Barbara zur Welt. Nach der Entlassung aus der Haft verließ sie Deutschland und ging nach Österreich, das damals politisch neutral war. Sie siedelte sich in Salzburg an und arbeitete bis zur Pensionierung als Apothekerin.

Mutter und Tochter Kirchner hatten es zunächst besonders schwer im Lager, da Barbara in den ersten beiden Jahren der Haftzeit nicht registriert war und somit keine Essenrationen, die ohnehin knapp genug war, zugeteilt bekam. Damit bestand die Nahrung hauptsächlich aus Roggenmehl, das mit Wasser angemischt wurde.

Ein anderes menschenunwürdiges Problem war die Hygiene. Die Windeln für das Baby wurden aus der Kleidung der verstorbenen Häftlinge geschneidert.

Fünf Jahre nach der Entlassung von Mutter und Tochter wurde Ehemann Horst Kirchner, der zu zwanzig Jahren Haft verurteilt worden war, ebenfalls entlassen und zog zu seiner Familie nach Salzburg. Kameradin Kirchner war die letzte noch lebende Gefangene, die in einem der Lager ein Kind gebar. Mehrfach traf sie mit dem Bundesvorsitzenden der VOS zusammen und führte mit ihm, auch im Beisein von Tochter Barbara lange Gespräche, die von der intensiven Erinnerung an die Haft geprägt waren.

Die VOS trauert gemeinsam mit den Hinterbliebenen und bewahrt das Gedenken an eine hervorragende Kameradin, gute Mutter und wichtige Zeitzeugin.

Bundesvorstand, Redakteur

Blickpunkt Neubrandenburg

Nur die kommunistischen Fresken?

✉ Sehr geehrte Damen und Herren, die Stadt Neubrandenburg retraumisiert die Opfer der SBZ- und DDR-Diktatur aufs heftigste, indem sie kommunistische Fresken saniert. Bis heute gibt es kein Denkmal für die Opfer der SED-Diktatur in Neubrandenburg. Die Opfer der zweiten deutschen Diktatur werden verhöhnt und die Opferverbände schweigen dazu, oder lässt die Presse die Opferverbände nicht zu Wort kommen?

Warum stehen nicht die vor Gericht, die die MfS-Haftanstalten planten und bauten? *Lohmann*

Anm. d. Red.: Nein, die Opferverbände schweigen überhaupt nicht. Die Fg berichtet ununterbrochen!

Gartenschläger: Man möchte es und möchte es doch nicht

Potsdamer Ausschuss für Kultur windet sich elegant, wenn es um eine Straßenbenennung geht

Keineswegs emotionslos ging es am 12. Oktober 2023 im Ausschuss für Kultur des Stadtparlaments Potsdam zu. Diskutiert wurde der Antrag des FORUMs zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e. V., das in der Landeshauptstadt Brandenburgs seinen Sitz hat und dort vor vielen Jahren gegründet wurde.

Das Thema lautete einmal mehr, wie geht die Stadt mit dem Antrag des Forums zur Würdigung des aus Straußberg stammenden Widerständlers Michael Gartenschläger um. Gartenschläger war ein ausgemachter Kommunismus-Hasser und erklärter Feind der DDR. Er setzte alles daran, der DDR zu schaden und die Inhalte der Diktatur zu entlarven. Dies geschah in einer Phase, in der SED-Chef Honecker auf der Bühne der europäischen Staatengemeinschaft Fuß zu fassen begann, in der er sich ein Verhältnis mit Augenhöhe mit den westlichen Spitzenpolitikern erhoffte. Honecker hatte die Existenz der gefürchteten Selbstschussanlagen an der Grenze zur Bundesrepublik stets geleugnet. Gartenschläger war es in einem ersten kühnen Streich hingegen gelungen, nach illegalem Grenzübertritt ein Exemplar der SM (Splittermine) 70 abzumontieren und dieses der Welt zu präsentieren. Die DDR-Führung war angesichts dieses eindeutigen Beweises überrumpelt und öffentlich blamiert. Unnötigerweise wollte Gartenschläger diese Attacke 1976 noch einmal wagen. Doch er wurde verraten (der Name des Verräters ist bis heute nicht bekannt!), die Grenzposten der DDR lauerten ihm in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai auf und erschossen ihn.

Der Fall Gartenschläger ist lange bekannt, man erinnert sich seines Mutes und der Auswirkung seiner Tat nur zu gut. Er war Fluchthelfer und Propagandist, er arbeitete ununterbrochen gegen die DDR. Für seine Haltung und sein DDR-feindliches Wirken erhielt er eine lebenslange Haftstrafe, doch die Bundesregierung kaufte ihn nach zehn Jahren aus dem gefürchteten Zuchthaus Brandenburg frei. Gartenschlägers Tod jährt sich im Jahr 2026 – ebenso wie der der Selbstverbrennung des evangelischen Predigers Oskar Brüsewitz – zum 50. Mal. Was liegt also näher, als dem einen wie dem anderen eine angemessene Würdigung zuteilwerden zu lassen?

Das Potsdamer FORUM hat die Würdigung der historischen Leistung von Michael Gartenschläger konkret ins Auge gefasst. Durch die Benennung einer im Potsdamer Stadtteil Krampnitz gelegenen Straße nach seinem Namen könnte diesem Anspruch hinreichend Rechnung getragen werden. Der nunmehr gestellte Antrag ist für Potsdam neu, ein gleichlautender wurde in Gartenschlägers Heimatstadt Straußberg vor mehreren Jahren abgelehnt. Nun nimmt sich das FORUM der Sache also an. In seiner Begründung trug der Vorsitzende des kleinen, aber bedeutenden Vereins Manfred Kruczek dem Ausschuss für Kultur noch einmal eindringlich vor, dass Gartenschläger Teil der gesamtdeutschen Erinnerungskultur sei. Sein Beitrag zur Desavouierung der Diktatur sei besonders wirksam und herausragend gewesen. Die Würdigung sollte den Ausschussmitgliedern daher ebenso wichtig sein wie der Stadt Potsdam und allen, die sich während der Herrschaft der SED für Freiheit und Demokratie eingesetzt hätten. Die Benennung einer Straße nach Gartenschläger in der Landeshauptstadt sei somit weit mehr als ein kommunaler Akt, sie sei die Erfüllung einer historischen Aufgabe.

Erfreulicherweise zeigte sich die Mehrheit der Ausschuss- Mitglieder vom Grundsatz her sehr aufgeschlossen. In einer gemeinsamen Abstimmung gaben sechs von ihnen ihre Zustimmung, Gartenschläger zu würdigen, während sich ein Mitglied enthielt. Ablehnungen bzw. Gegenstimmen waren nicht zu verzeichnen. Auf das Vorhaben einer Straßenbenennung wurde dabei allerdings mit Skepsis reagiert. Herr Büloff aus dem Bereich Kommunikation und Partizipation erklärte, dass sich Straßenbenennungen im Stadtraum Potsdam an der „Handreichung des Deutschen Städtetages“ orientierten. Soll heißen, Straßenbenennungen nach Personen fänden im Zuge eines gesamtstädtischen Interesses oder einer direkten räumlichen Bezugnahme der Person zu der zu benennenden Straße statt. Im Falle von Michael Gartenschläger seien die Voraussetzungen für eine Straßenbenennung demnach nicht unmittelbar gegeben. Der logische Schluss wäre somit, den Antrag erneut nach Straußberg zu überführen, da dort der konkrete kommunale und geschichtliche Bezug gegeben ist und im Grunde nichts – auch nicht die Widerstände verkrusteter Linken-Politiker – gegen die Annahme des Antrags spricht. Mithin rühmt sich die Stadt in ihrem Internetauftritt einiger fragwürdiger „Persönlichkeiten“.

Das Ergebnis der hier beschriebenen Debatte der Potsdamer Ausschussmitglieder dürfte dabei sehr hilfreich sein. Übereinstimmend wurde in der Sitzung dem Vorschlag des FORUMs zugestimmt, auch in Potsdam an das Leben von Michael Gartenschläger als das einer „komplexe Persönlichkeit“ zu erinnern. Dass es nun in der Landeshauptstadt zu einer Straßenbenennung kommen wird, scheint demzufolge nicht wahrscheinlich. Inwieweit nun eine andere Art der Würdigung gefunden und in die Tat umgesetzt werden wird (ob überhaupt), muss abgewartet werden. Es wäre vielleicht eine Idee, nach weiteren Widerständler und SED-Opfern aus dem Einzugsbereich Potsdams zu suchen und dann ein komplettes Wohnviertel thematisch in diesem Sinne einzurichten. Möglichkeiten, sowohl in personeller wie in baulicher Hinsicht wären durchaus vorhanden.

Wie es heißt, soll nun jedoch zunächst das Fachgremium Erinnerungskultur eingeschaltet werden. Die VOS, die sich ebenfalls für die Straßenbenennung einsetzt, bleibt wie das FORUM auch weiter sehr interessiert. *ARK*

Gibt es Rückenwind vom Bund?

Mitarbeiter des Ostbeauftragen besichtigen das ehemalige Stasi-Gelände in Neubrandenburg

Im Oktober 2023 MdB besuchten Dr. Andreas Helle und Dr. Christoph Drapatz, beide Mitarbeiter im Referat AO 2 – Deutsche Einheit und Gesellschaftspolitik, Aufarbeitung und Europäische Transformation des Staatsministers beim Bundeskanzler – Beauftragter der Bundesregierung für die Angelegenheiten Ostdeutschlands – Herr Carsten Schneider, die Stadt Neubrandenburg. Beide ließen sich vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus/ Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus, Herrn André Rohloff, das ehemalige Areal des Ministeriums für Staatssicherheit in Neubrandenburg zeigen. Während eines Rundgangs mit Halt an den markanten Stellen tauschten sich die drei genannten über das denkmalgeschützte Areal (vier Wachtürme, Mauer) in der Neustrelitzer Straße 120/ Kirschenalle 30, sowie über die Landesimmobilie der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS aus. Dr. Helle und Dr. Drapat zeigten sich vom Ausmaß des Areals sehr beeindruckt.

André Rohloff kennt sowohl die baulichen Anlagen wie auch das Gelände des einstigen Stasi-Komplexes. Kaum jemandem sonst ist auch die Problematik um den drohenden Abriss und die Neuverwendung seitens der Neubrandenburger Stadtverwaltung bekannt. Somit konnte er den Gästen genaue Informationen über die Situation geben, die diese auch interessiert aufnahmen. Rohloff bemüht sich – wie man es in der Freiheitsglocke immer wieder nachlesen kann – schon lange um den Erhalt des gesamten Areals als Gedenkstätte. Immer wieder hat er den Bürgermeister Neubrandenburgs angeschrieben und auf die Bedeutung dieses Areals als Lern- und Gedenkort hingewiesen. Sein jahrelanges Engagement für die Erhaltung des authentischen Orts ist bemerkenswert. Durch seine Anstrengungen kam es zu den Aktivitäten von RAA M-V und der Hochschule Neubrandenburg, die daraufhin die ersten öffentlichen Symposien organisierten und erreichten, dass jetzt öffentlich über dieses Areal diskutiert wird. Man darf hoffen, dass sich die Besucher des Referats AO 2 den Bemühungen André Rohloffs anschließen und auch die Stadt endlich Einsicht zeigt. *Silvio Blum*

Foto (v. l. n. r.): A. Helle, André Rohloff, Chr. Drapat

Ein trügerisches Szenario, das kaum Erfolgsaussichten hat?

Wagenknechts Schaulaufen durch die Talk Shows ist gut für ihr eigenes Ego. Und sonst?

Wie immer wenn sich Sahra Wagenknecht in den Medien äußert, drohen diese, sich zu überschlagen. Dabei war das, was zuletzt Furore machte, keine Sensation, es war vielmehr die Bestätigung dessen, was längst feststand, aber dennoch als Jahrhundert-Geheimnis gehütet schien: Eine Wagenknecht-Partei soll kommen. Sie ist zunächst ein Verein, der sich Bündnis Sahra Wagenknecht nennt, und soll rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl zur Partei werden. Es ist nach der Schill-Partei, die nur inoffiziell nach ihrem Gründer benannt war, die zweite nennenswerte politische Kraft, die sich dem Namen nach an der gründenden Person orientiert. Diese Schill-Partei hatte nach dem Jahr 2000 gute Aussichten, auch bundesweit politische Bedeutung zu erlangen, sie blieb regional auf Hamburg begrenzt, bis sie sich nach sieben Jahren auflöste. Diverse Querelen brachten sie endlich zu Fall.

Und die BSW-Partei, wird sie einen ähnlichen Weg gehen? Freilich müsste sie zunächst gegründet sein. Mit Verlaub, Frau Wagenknecht, so schillernd sie in den Medien daherkommt, kann politisch nicht überzeugen. Sie stellt sich mit ihren Urteilen über jede Regierung und jede Opposition, sie weiß offenbar alles besser, ohne wirklich überhaupt etwas zu wissen. Sie ist keine, die beim Volk wirklich Anklang findet. Ein anderes Manko ist der geringe organisatorische Einsatz. Eine Partei zu gründen bedeutet Schwerstarbeit. Die, die ganz oben stehen, müssen vor allem mit den Mitgliedern der Basis auf Augenhöhe kommunizieren. Man hat nicht den Eindruck, dass Wagenknecht das nur ansatzweise fertigbringt bzw. fertigbringen will. Ihr Projekt „Aufstehen“ ist schon vor Jahren still versandet, weil es nicht unter das Volk gebracht wurde. Allerdings auch, weil es nichts (Neues) zu bieten hatte.

Was ist nun bei dem BSW anders? Linke Parolen (Nato-Austritt) und Forderungen wie „Weg von den USA und hin zu Putin“ stehen auf einer gemeinsamen Agenda. Es heißt hinter vorgehaltener Hand: Verbinden wir die linken und die rechten Extremen, erhalten wir eine neue politische Mitte. Tatsächlich gibt es Deutsche, die das für möglich halten und das BSW daher wählen würden. Es sind glücklicherweise nicht viele, und es ist gar nicht damit zu rechnen, dass diese Neugründung die Parteienlandschaft verändern wird. Sicher, Die Linke wird den Bundestag nach der nächsten Wahl nur noch von außen sehen, und die AfD wird an das BSW zwei, drei Prozent abgeben. Die Nichtwähler wird Wagenknecht aber nicht zur Urne locken. Uneingelöste Versprechungen – wie z. B. Herrn Heils Grundrente – hat dieses Land nach der Merkel-Ära hinreichend erlebt. Seitdem hat sich die Distanz zwischen der Politik und den Bürgern erheblich vergrößert. Wagenknecht hat in all ihren Auftritten nicht den Eindruck vermittelt, dass gerade sie für Vertrauen und Volksnähe steht bzw. (da sie ja ihren Platz in den Talk Shows hat) sitzt. Meine Mahnung: Gut überlegen, für wen man sich bei der nächsten Wahl entscheidet. *ARK*

Unter den DDR-Schriftstellern hatte er erbitterte Feinde

Klaus Höpcke, Minister und oberster Zensor der DDR-Literatur, mit fast 90 Jahren verstorben

Am 14. Oktober ist in Berlin der DDR-Kulturpolitiker Klaus Höpcke (1933 bis 2023) im Alter von fast 90 Jahren gestorben.

Am 18. Oktober erschien im einstigen SED-Zentralorgan *Neues Deutschland*, wo er neun Jahre lang als Kulturredakteur unheilvoll wirkte, ein dünnes Artikelchen der früheren ND-Redakteurin Irmtraud Gutschke, das als „Nachruf“ ausgegeben wurde. Hier wurden alle negativen Seiten seiner Politik ausgeblendet, die Autorin war des Lobes voll für den Freund und früheren Kollegen, der die DDR-Literatur von „Abweichlern“ gereinigt hatte.

Nachrufe auf den obersten Zensor der DDR-Literatur erschienen zudem in der einstigen FDJ- Zeitung *Junge Welt*, der *Berliner Zeitung* und der *Thüringer Allgemeinen* in Erfurt.

Klaus Höpcke studierte nach dem Abitur 1951 in Neubrandenburg an der „Fakultät für Journalistik“ der Leipziger Karl-Marx-Universität. Das war bekanntlich keine politisch neutrale Ausbildungsstätte, in der man das fachliche journalistische Handwerk erlernte, sondern eine marxistisch-leninistische Kaderschmiede zur Produktion von Parteijournalisten, wie man in Brigitte Klumps (1935 bis 2023, geboren in Groß- Linichen in Pommern) Buch „Das rote Kloster“ (1978) nachlesen kann.

Nach dem Studium war die steile Parteikarriere Klaus Höpckes kaum noch aufzuhalten. Als FDJ-Mitglied seit 1947 und SED-Mitglied seit 1953 war er 1960/62 Mitglied der Universitätsparteileitung der Karl-Marx-Universität und 1962/64 Mitglied der SED-Bezirksleitung Leipzig. Im Februar 1964 wurde er ins Redaktionskollektiv des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland* aufgenommen, wo er bis März 1973 verblieb. Sein „parteiliches“ Wirken dort muss für einige DDR-Autoren verheerend gewesen sein!

Danach war er, bis zum Mauerfall am 9. November, als Nachfolger des Juristen Bruno Haid (1912 bis 1993), stellvertretender Minister für Kultur und Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel. Sein Vorgesetzter als DDR- Kulturminister war der in Bunzlau / Schlesien geborene Hans-Joachim Hoffmann (1929 bis 1994), der sich schon im Juni 1988, was gefährlich war im SED-Staat, in einem in der Zeitschrift „Theater heute“ unter dem Titel „Das Sicherste ist die Veränderung“ veröffentlichten Interview für die Moskauer Reformpolitik einsetzte. Klaus Höpcke aber blieb bis zuletzt der ideologische Hardliner, weshalb ihn Erich Loest (1926 bis 2013) nach seiner Ausreise 1981 einen „Regierungskriminellen“ nannte. Klaus Höpcke bin ich insgesamt dreimal begegnet, vor und nach 1989.

Einmal sah ich ihn in Frankfurt/Main, wo er auf der Buchmesse den DDR-Kollektivstand betrat und alle Verlagsleute dort aufstanden und Haltung annahmen, als der „Genosse Minister“ auftauchte.

Ein weiteres Mal war es auf einer Dortmunder Literaturtagung, wo er (das SED-Parteiabzeichen hatte er während des Vortrags abgenommen) weitschweifig über DDR-Umweltschutzliteratur sprach, die es überhaupt nicht gab.

Den Roman „Flugasche“ (1981) der Ostberlinerin Monika Maron, der in der DDR verboten war, erwähnte er mit keinem Wort. Bei unserer dritten Begegnung saß er als Zuhörer in einem Hörsaal der Universität Jena, als ich dort über „Flucht und Vertreibung in der DDR-Literatur“ sprach.

Ausgesprochen schändlich hat sich Höpcke 1978 gegenüber der Rostocker Skandinavistin Gisela Perlet (1942 bis 2010) verhalten, die im Hinstorff-Verlag, wo sie für dänische Literatur zuständig war, eine Ausgabe der Frühschriften des dänischen Philosophen Sören Kierkegaard (1813 bis 1855) edieren wollte. Mit allen Mitteln, die er einsetzen konnte, hat der anmaßende Klaus Höpcke dieses Vorhaben unterbunden, bis Gisela Perlet bei ihrem Verlag kündigte.

Dr. Jörg B. Bilke

Anm.: Bitte lesen Sie in der nächsten Ausgabe den Bericht zum damaligen „Roten Kloster“ in Leipzig (Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig).

Dank und Grüße an den Fg-Redakteur

An Kamerad Richter-Kariger:

✉ Ich möchte mich bedanken für meine erfolgten Beiträge in der Ausgabe Nr.85/852. Mit Interesse habe ich auch Deine Berichterstattung auf den Seiten 8 -11 gelesen. Es war mir nicht bekannt, was Du so alles in der Haftzeit ertragen hattest. Ich wünsche Dir weiterhin alles Gute mit viel Gesundheit, die wir ja als ehemalige STASI Opfer dringend benötigen.

Frdl. Grüße Siegfried Keil

Hinweis: Der Redakteur und die Leserinnen und Leser sind dankbar für jeden persönlichen Bericht.

Felix Heinz Holtschke: Wir werden nicht müde, für unsere Rechte und gegen das zunehmende Vergessen zu kämpfen

Bundesvorstand macht Mitgliedern Mut, im neuen Jahr 2023 nicht aufzugeben

Zum Jahreswechsel wendet sich der Bundesvorstand der VOS, vertreten durch den stellvertretenden Bundesvorsitzende, mit einer klaren Botschaft an die VOS-Mitglieder sowie an alle Opfer des untergegangenen SED Regimes. Seine Ansprache ist mehr als ein routinemäßiger Mutmachversuch, sie soll uns vielmehr bewegen, an allen Fronten für unsere Ziele und Interessen zu kämpfen.

In wenigen Tagen endet das Jahr 2023. Weltpolitisch ein Jahr zunehmender Spannungen und Turbulenzen. Der Ukraine-Krieg ist nach 22 Monaten zu einem Stellungskrieg festgefahren, vergleichbar inzwischen mit dem sinnlosen Gemetzel bei Verdun vor 107 Jahren. Es wird noch immer geschossen und nicht verhandelt. Und nun noch der feige Hamas-Überfall auf Israel und die nachfolgende Tragödie für die Zivilbevölkerung in Palästina.

Die Gefahren für den Weltfrieden waren Jahrzehnte lang nicht so groß wie heute. Innenpolitisch ist die Lage nicht besser. Die größtenteils durch die Ampelregierung verschuldete Energiekrise und die maßgeblich dadurch angeheizte Inflation, die nach wie vor aus dem Ruder laufende Migration mit gravierenden negativen Folgeerscheinungen bei der inneren Sicherheit, auf dem Wohnungsmarkt, in Schulen und Kitas und nicht zuletzt im Staatshaushalt lassen das Bild vom kranken Mann Europas wiederauferstehen. Und jetzt fehlen dem Finanzminister plötzlich 60 Milliarden Euro, weil das Bundesverfassungsgericht auf den plumpen Umsortierungstrick der Ampel nicht hereingefallen ist.

Eine positive Reflexion der Aktivitäten sowie der erzielten Ergebnisse unserer, der ältesten SED-Opferorganisation VOS, im steten Kampf für politische Anerkennung und soziale Gerechtigkeit, fällt angesichts der o.g. äußeren Rahmenbedingungen nicht leicht und ist zumindest widersprüchlich.

Dabei waren die politischen Rahmenbedingungen aus unserer Sicht gerade in diesem Jahr äußerst günstig. Am 17. Juni jährte sich der 70. Jahrestag des Volksaufstandes in Mitteldeutschland, den gerade wir als aktive Gegner und dadurch Verfolgte des SED- Regimes schon immer als den eigentlichen Ausgangspunkt der am 9. November 1989 durch den Fall der Berliner Mauer eingeleiteten Wiedervereinigung beider deutscher Staaten gewertet haben. Bundesweit fanden aus diesem Anlass seitens der VOS organisierte Gedenkveranstaltungen statt.

Erstmalig erreichten uns sogar Einladungen seitens der Bundesregierung

Erstmalig erreichten uns sogar Einladungen seitens der Bundesregierung zur Teilnahme an zentralen Gedenkveranstaltungen im Deutschen Bundestag als auch am Denkmal des 17. Juni 1953 in der Berliner Seestraße. Der Präsident des NRW-Landtages lud Vertreter der Opfer- und Flüchtlingsverbände am 16. Juni zu einer Gedenkfeier in den Düsseldorfer Landtag ein.

Seit mehr als fünf Jahren warten die Petenten auf eine rechtsstaatlich fundierte und gerechte Antwort

Zweifelsohne anerkennenswerte, respektvolle und honorige Gesten der Würdigung gegenüber den Kämpfern gegen das SED-Regime in der untergegangenen DDR.

So dankbar wir diese bevorzugte und respektvolle Aufmerksamkeit seitens der Politik anlässlich des Tags der Deutschen Einheit auch aufgenommen haben – es war und blieb wieder einmal nur eine ideelle Wertschätzung gegenüber den Vorkämpfern der Deutschen Einheit. Die Chance zu einer nennenswerten materiellen Geste gegenüber den noch lebenden Opfern des SED-Regimes wurde abermals vertan. So wie zwei Jahre zuvor anlässlich des 60. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer, so wie vier Jahre zuvor anlässlich des 30. Jahrestages von deren Berliner Erstürmung.

So wie die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke in ihrem zweiten Jahresbericht hat auch der VOS-Bundesvorstand bei jeder sich bietenden Gelegenheit angesichts der nach wie vor hohen Inflation eine signifikante Erhöhung der SED-Opferrente sowie deren automatische Dynamisierung gefordert. Die Parteiführungen blieben trotz der an sie im letzten Wahlkampf rechtzeitig versandten diesbezüglichen Wahlprüfsteine stur, genauso wie die amtierende Ampelregierung bis heute. Stattdessen gönnten sich die Parteispitzen jüngst einen steuerfreien Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro. Ein öffentlicher Vorgang, der an Peinlichkeit kaum zu überbieten ist.

Ähnlich verhält es sich mit unserer gemeinsamen Beschwerde- Petition von VOS, UOKG und IEDF in Sachen Fremdrentenunrecht an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages! Seit mehr als fünf Jahren warten die Petenten auf eine rechtsstaatlich fundierte und gerechte Antwort auf die willkürlich und rückwirkend durchgesetzte illegale Einbeziehung der vor dem Fall der Berliner Mauer aus der DDR in die Bundesrepublik Geflüchteten, Ausgereisten sowie aus politischer Haft Freigekauften in das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG). Eine Vorgehensweise, die eines Rechtsstaates absolut unwürdig ist.

In der Folge dieser offensichtlichen politischen Maßnahme des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) sind auch 34 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR die Systemträger und viele ehemalige Mitläufer des SED-Regimes materiell besser gestellt als deren Opfer. Was für ein fatales Signal an gegenwärtige und zukünftige Kämpfer für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite unten*

Unüberwindlich wie einst die Berliner Mauer schirmen sich führende Politiker nahezu aller Parteien davor ab, zu diesem sozialpolitischen Skandal Stellung zu beziehen oder gar Partei zugunsten der Benachteiligten zu ergreifen.

Allein in dem ablaufenden Jahr versandte der VOS-Bundesvorstand 15, die in gleicher Angelegenheit kämpfende IEDF *(Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge)*, soweit bekannt, 34 Schreiben, angefangen vom Bundespräsidenten und Bundeskanzler, bis zu den Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer sowie den Fraktionsvorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die Reaktionen unverbindlich oder gleich null.

Gleiches Bild in der nationalen und sogar internationalen Medienlandschaft. Die FAZ, Rheinische Post, der Münchner Merkur, die Süddeutsche Zeitung, Die Welt, sogar die schweizerische NZZ als auch die Weltwoche schwiegen und schweigen sich zu unserem berechtigten Anliegen aus. Nicht zuletzt gab mir Chefredakteur Gabor Steingart von *The Pioneer* persönlich vor der Düsseldorfer Staatskanzlei sein Ehrenwort, wenigstens auf unseren Brief zu antworten. Auf selbige Antwort warten wir bis heute vergeblich, obwohl ich fairer Weise inzwischen Abonnent seines Internetportals geworden bin ...

Die spannende Frage schwebt jedoch seit Jahren unbeantwortet im Raum: Welchem Verdikt, welchem Ukas wird hier eigentlich ultimativ Folge geleistet?

Sind sozial-politische Ungerechtigkeiten im eigenen Lande insbesondere für Journalisten moralisch uninteressanter als jene im Ausland, für die sie sich regelmäßig die Finger wundschreiben?

Auf eine biologische Lösung zu warten wird vergeblich sein. Wir, die Opfer der Zweiten Deutschen Diktatur, werden nicht müde werden, für unsere ideellen und materiellen Rechte sowie gegen das Vergessen zu kämpfen, und dies bis zum letzten Atemzug. Und wenn dieser einst vollbracht sein wird, so bleibt unser Kampf für Gerechtigkeit dennoch unvergessen, denn das Internet und die Chronik der Freiheitsglocke vergessen nicht. Und so bleibt mir an dieser Stelle nur noch die Verkündung meines Herzenswunsches an alle Kameradinnen und Kameraden: Frohe Weihnacht 2023 im Kreise Eurer Lieben sowie einen Guten Rutsch in das Neue Jahr 2024 bei bester Gesundheit. Haltet durch!

Euer Kamerad Felix H. Holtschke
Stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS

Foto: Kamerad Holtschke im Deutschen Bundestag

Alles neu, alles besser. Nur merkt es kaum jemand

Parteineugründungen sind in Deutschland eine Art Sport, an der sich auch Amateure beteiligen

Ist Deutschland, was Parteineugründungen angeht, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten? Man bedenke: Mit drei Gründungsmitgliedern und einem Programm ist man bereits dabei. Ein Name findet sich immer, sei es man entlehnt ihn wie die Ziele leicht modifiziert oder in anderer Reihenfolge der Parteikonkurrenz.

Die Kurzkolumne

Soweit so gut. Namen sind wahrlich nicht alles. Die Arbeit und der Parteienalltag beginnen, wenn man den Eintrag ins Register vollzogen hat. Es geht um eine angemessene Räumlichkeit, um auffallendes Werbematerial, um Finanzen und nicht zuletzt um Personen, die die Arbeit machen und sich in den Wahlbezirken aufreiben, damit diese neue, als unbedingt notwendig beschriebene Partei bekannt wird und sie hinreichend Stimmen bekommt.

Der trockene politische Alltag bezeugt die Aussichtslosigkeit dieser gleichsam von Idealismus wie von Geltungssucht geprägten Anstrengungen. Und doch stürzen sich all die Unermüdlichen, die Unverdrossenen und Wagemutigen immer wieder in das Gründungsabenteur. Wer es nicht wissen sollte: In Deutschland werden ständig neue Parteien *geboren*. In den letzten zwei Jahren waren es mehr als 40. Sie existieren weiterhin, aber zur großen Bekanntheit hat es kaum eine erlangt. Alle sagen, sie wollen den Bürgerinnen und Bürgern dienen, alles wird durch sie besser, denn alles ist neu – auch wenn das inzwischen nicht geht, denn es ist – die Erhöhung der SED-Opfer-Rente ausgenommen – wenig zu verbessern. Bestenfalls sollte man versuchen, den erreichten Standard zu erhalten und auf demoskopische Prognosen zu achten. Aber eben, damit lockt man niemanden an die Urnen.

Natürlich reden wir hier nicht über jene Partei mit der schweren, aufsehenerregenden Geburt. Seit Jahren kreißt sie deutschlandweit, und der (bzw. die) Heilsbringer(in) belässt es bei besserwisserischem Schwätz. Oder werden wir doch Zeuge einer Fehlgeburt?

Lassen wir die Gemeinheiten. Wir schützen uns – zumindest auf Bundesebene – derzeit noch durch die fünf-Prozent-Hürde und die Wahlberechtigungsgrenze von 18 Jahren vor einem Durcheinander, das die Wenigsten wollen.

Es heißt, Parteigründungen sind nicht gut, sie kosten die großen Parteien, die (uns) regieren die Stimmen. Dadurch verpufft ein Teil des Potenzials, und die Extremisten können profitieren und ihren Einfluss erhöhen. Falsch, denn das Gegenteil ist der Fall. Parteineugründungen sind auch Ausdruck der Demokratie, sie sind ein – sicherlich kaum wahrnehmbarer – Hinweis auf jene mutige Menschen im Land, denen die „große" Politik nicht egal ist und die tatsächlich etwas bewirken wollen. Man sollte sie also auch mal wertschätzen und nicht immer nur belächeln. *B. Thonn*

Freikauf: Das Gehirn konnte längst nicht alles abspeichern

Erinnerungen an den Transport vom Zuchthaus Brandenburg nach Karl-Marx-Stadt

Anmerkungen aus eigenem Erleben zu dem Beitrag über den abenteuerlichen Ablauf des Häftlingsfreikaufs aus der vorigen Freiheitsglocke

✉ Besten Dank für den bis ins Detail verfassten Bericht über Brandenburg. Folgende interessante Ergänzung sei hier noch erwähnt: Bis ca. Oktober 1981 hatten wir sehr genaue Informationen darüber, wer in den nächsten Tagen auf Transport ging. Wenn an einem Freitag Licht in einer Zelle/Büro brannte, ging meist am Montag wieder eine Fahrt nach Karl-Marx-Stadt. Die Namenliste verbreitete sich in Windeseile in den Freistunden, so dass man seine Besitztümer rechtzeitig verteilen konnte. Irgendwann bekam auch die Stasi diese Vorgehensweise mit, und das ganze System wurde geändert.

Was mir absolut nicht mehr erinnerlich war, ist wie wir damals von Brandenburg nach Karl-Marx-Stadt kamen. Irgendwie konnte mein Gehirn diese sehr wichtige Fahrt nicht abspeichern.

Zu Dr. Wolfgang Vogel gibt es nachträglich noch Folgendes zu sagen: Er trug nicht nur für die Abwicklung des Freikaufs der politischen Häftlinge Verantwortung, sondern er war auch maßgeblich am Agentenaustausch auf der Glienicker Brücke beteiligt. Hier wechselten amerikanische und sowjetische Agenten die Seiten und kehrten in die Heimatländer zurück.

Aus dieser Zeit existieren noch zahlreiche historische Aufnahmen, oft auch mit seinem Mercedes und seiner zweiten Frau Helga. Bis in die Endphase der DDR vermittelte Vogel die Ausreise von DDR-Flüchtlingen in die Bundesrepublik. Besondere Erinnerungen haben wir an die Prager Botschaftsbesetzer. Zufällig hatte ich am 4. Oktober in der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg Görden ein Zeitzeugen-Gespräch, an dem auch drei weitere ehemalige Häftlinge teilnahmen. Die Veranstaltung „Verraten und verkauft“ war ein großer Erfolg. *Michael Teupel, VOS Mansfelder Land*

Belogen, dann heimtückisch in den Rücken geschossen

Ein Tötungsdelikt von 1974 soll nun als Mordfall neu untersucht werden

Gerechtigkeit kann spät einsetzen. Dies könnte sich jedenfalls im Fall des am 29. März 1974 an einem Berliner Kontrollpunkt erschossenen polnischen Staatsbürgers Czeslaw Jan Kukuczka bewahrheiten. Der damals 38-jährige Pole hatte in dem Glauben, nur noch wenige Schritte bis nach West-Berlin zu haben, durch eine vorausgegangene Bombendrohung in der polnischen Botschaft in Berlin seine Ausreise nach West-Berlin erzwingen wollen. Er wurde daraufhin zum Grenzübergang Friedrichstraße gebracht, von wo er in den Westen gelangen wollte. Nachdem er die ersten Kontrollen passiert hatte, verübte – so die heutige Darstellung der Medien – das MfS, es soll sich um einen Leutnant gehandelt haben, einen Anschlag auf ihn: Er bekam einen Schuss in den Rücken, wobei wichtige innere Organe zerfetzt wurden. Er starb an den Folgen des Schusses, vermutlich durch zu späte medizinische Versorgung. Der Fall des Kukuczka konnte bis zum Mauerfall nicht aufgeklärt werden, wiewohl er von westlichen Stellen registriert wurde. Später ging man vom Sachverhalt eines Totschlags aus, der inzwischen verjährt sei. Erst vor wenigen Jahren ergab eine neuerliche Untersuchung, dass es sich um Mord handeln könne. Mord ist ein Delikt, das in Deutschland keiner Verjährung unterliegt. Nunmehr – so die öffentlichen Informationen – soll gegen den damaligen Schützen und hoffentlich auch gegen die Auftraggeber ermittelt werden.

Tom Haltern

Infos bei: https://www.chronik-der-mauer.de/todesopfer

Droht der politische Untergang?

Eine Mehrheit der Deutschen ist unzufrieden mit der „Ampel“ und fordert Neuwahlen

Es rumort mal wieder in den unteren und mittleren Schichten unserer Bevölkerung. Die Angst geht um, die Unzufriedenheit wächst täglich, der Alltag wird wöchentlich grauer. Wer die Gründe wissen will, der sollte ins Internet oder auf die Teletextseiten der ARD schauen, wo sich das Politbarometer befindet: Es liegt an der Ampelkoalition. Die Prozente fallen, die Frage „Wen würden Sie wählen, wenn …“ zeigen vor allem auf das Gegenargument: „Wen würden Sie nicht wählen …“ Die SPD hat stark abgebaut, die FDP zittert um den Wiedereinzug in den Bundestag, und Bündnis 90 (meist als Grüne bezeichnet) gibt ebenso wenig eine vertrauenswürdige Figur ab.

Das altbekannte, aber keineswegs immer zündende Allheilmittel namens Neuwahlen steht wie ein starres Geschütz hinter den Deichen der Ratlosigkeit. Sollte man es in Gang setzen und abfeuern? Wirklich, es wäre keine kluge Entscheidung. In einer Situation, in der die Welt brennt und sich weitere Brände anbahnen, wäre es wenig hilfreich, im Ergebnis übertriebenen Geschreis, eine neue Regierung bilden zu wollen. Abgesehen davon: In nicht mal zwei Jahren wird ohnehin gewählt. *B. Thonn*

Was verbirgt sich hinter dem lauten Schweigen in Neubrandenburg?

Die Betroffenen stellen weiter Fragen, die Antworten lassen weiter auf sich warten. Wie lange noch?

Richtigstellung zum Beitrag von André Rohloff und H. Diederich in Ausgabe 843/844 vom Januar / Februar 2023 der Freiheitsglocke. Blickpunkt Neubrandenburg: Denkmal oder Wohnsilos? Reden oder Schweigen? Eine Lösung im Sinne der VOS ist nicht abzusehen. Es sei denn, der Bürgermeister wendet sich den Betroffenen zu.

Der Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg reagierte auf den Beitrag der FREIHEITSGLOCKE mit einem handschriftlichen Brief an André Rohloff. Leider wählte er nicht den offiziellen Weg über den Landes- bzw. Bundesvorstand.

Liebe Leserinnen und Leser der Fg, nachfolgend möchte ich Ihnen die handschriftlichen Zeilen zur Kenntnis geben und dies mit einer Richtigstellung zur Mitteilung des Bürgermeisters verbinden.

Folgende Notiz ließ der Bürgermeister dem Verfasser des vorliegenden Beitrags zukommen:

Lieber Herr Rohloff, heute mal Post – handschriftlich – vom „schweigsamen" OB.

Vielen Dank für Ihre Post mit Auszug aus der „Freiheitsglocke". Der Beitrag ist sehr interessant, enthält jedoch einige Unklarheiten: Das Marx-Denkmal wurde nicht für eine sechsstellige, sondern eine fünfstellige Summe aufgestellt. Und dies waren Spendengelder. Der OB schätzt die Arbeit der VOS, ist nur nicht der Meinung, was die ehemalige JVA betrifft. Davon lebt Demokratie und dies hat nichts mit Missachtung zu tun. Alles Gute. Silvio Witt

Die Fragen, die sich aufgrund dieser Nachricht stellen, lauten:

- Inwieweit zeigt sich hier eine angemessene Wertschätzung des Oberbürgermeisters der Stadt Neubrandenburg gegenüber den Vertretern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und der Arbeit und Ziele des Verbandes, wenn es keine Einladungen an den VOS-Landes- und Bundesvorstand zu Gesprächen zur Zukunft der MfS-JVA- Neubrandenburg gibt und die VOS über drei Jahrzehnte nicht zum Festkonzert zum Tag der Deutschen Einheit eingeladen wurde (erstmalige Einladung im Jahr 2022) bzw. es immer noch keinen Gedenkort für die Opfer der SED-Diktatur in der Stadt Neubrandenburg gibt?
- Warum gibt die Stadt kein Statement gegenüber dem VOS-Bundesvorstand bzw. eine Erklärung gegenüber unserer Redaktion der Freiheitsglocke ab?

Die Stadt Neubrandenburg verweigert den Opfern der SED-Diktatur bis heute einen Ort des Erinnerns. Unrecht kann nicht beseitigt oder gemildert werden, indem man von Anerkennung spricht, den Worten jedoch keine Taten folgen.

„Das Marx-Denkmal wurde nicht für eine sechsstellige, sondern eine fünfstellige Summe aufgestellt."

Der Verlust und die Verletzung der menschlichen Würde bleiben lebenslang. Dass sich die Gesellschaft an einem Gedenkort mit den Betroffenen und ihren Schicksalen solidarisiert, ist ein wichtiges Zeichen an die Opfer der SED- Diktatur, aber auch an die Nachkommen, die sich auf diese Weise besser mit unserer Geschichte vertraut machen können. Aufarbeitung muss dort geschehen, wo Menschen zu Unrecht gelitten haben, verhaftet oder hingerichtet wurden und wo sie Zwangsarbeit verrichten mussten. Die Menschenwürde, die ihnen einst genommen wurde, könnten sie somit ein Stück zurückerhalten.

Daher ist es nicht nachvollziehbar und akzeptabel, dass die ehemalige MfS-Haftanstalt Neubrandenburg künftig ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt werden soll. Dies ist angesichts der Tatsache, dass dort Menschen ihrer Freiheit und aller Rechte beraubt wurden, nicht tragbar,

Neubrandenburgs Stadtverwaltung und Stadtvertretung positionieren sich bis heute nicht eindeutig gegen die Verbrechen der SED-Diktatur. Dies hat das knappe Ergebnis bei der Wahl der Stadtvertreter (14 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen) am 15. Dezember 2022 für ein fünfjähriges Moratorium in Bezug auf die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Neubrandenburg gezeigt. Seit 1990 wurde es in der ehemaligen DDR-Bezirksstadt Neubrandenburg nicht geschafft, den Opfern der SED-Diktatur einen Ort des Gedenkens zu geben.

Oberbürgermeister Witt hat mit seinem handschriftlichen Brief an den Verfasser dieses Artikels keine Einladung an den VOS-Landes- und Bundesvorstand ausgesprochen. Respekt und Wertschätzung für die Opfer der SED-Diktatur sehen anders aus, und daher kann es keine unterschiedlichen Meinungen zur Zukunft der MfS-Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg geben!

Demokratisch geäußerte Meinungen sind in unserer Gesellschaft willkommen und wichtig, doch wer nicht offiziell mit den Vertretern des ältesten deutschen Opfervereins der kommunistischen Diktatur – Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. (VOS – gegründet 09.02.1950) spricht, missachtet die Opfer der SBZ-, DDR-Diktatur, und das vorsätzlich.

André Rohloff

Anm. d. Red.: Die im vorstehenden Text mehrfach erwähnte handschriftliche Notiz liegt dem Redakteur der Freiheitsglocke seit Längerem vor. Da der Inhalt nun veröffentlicht wurde, muss das Original nicht abgebildet werden.

Der Redakteur der Freiheitsglocke empfiehlt Herrn Witt als OB, eine Delegation der VOS Neubrandenburg einzuladen und ein sachliches Gespräch zu führen, in dem beide Seiten zunächst ihre Standpunkte erklären. Auch wenn es nicht sofort zu einer Einigung kommt, könnte zumindest der Eindruck von Ignoranz auf der einen und jener der Schärfe auf der anderen Seite gemildert werden. Dies wäre ein Ausdruck praktizierter Demokratie. *ARK*

Das Zitat: Es ist gefährlich, zu lange zu schweigen. Die Zunge verwelkt, wenn man sie nicht gebraucht.

Astrid Lindgren

Diese Regierung macht KAPUTT, was Generationen aufgebaut haben

Die Rentner in Deutschland werden immer weiter ins Abseits und in die Armut gerückt

✉ Sehr geehrter
Herr Bundesminister Heil,

Sie haben ja in diesem Jahr „ganz viel auf den Weg gebracht“, wie Sie selber schreiben. So u. a. das Bürgergeld, den Armuts- und Reichtumsbericht, das Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz, und wie sie noch alle heißen, Ihre Aktivitäten. Das VOLK, das Ihnen, auch im jetzigen Stadium als Bundesminister Ihr tägliches SALÄR gewährleistet, ist weitestgehend ausgeschlossen worden. Ich spreche hier ganz bewusst vom VOLK, denn die Rentner in diesem Deutschland gehören zum VOLK. Wir, als Ehepaar, erhalten wie schon Jahrzehnte zuvor, ein ALMOSEN, welches sich Renten-“Anpassung“ nennt und die Damen und Herren der Regierung GENEHMIGEN sich einen Inflationsausgleich in Höhe von etlichen Tausend Euro, und natürlich „je nach Wetterlage“ einen Corona-Zuschuss, ein Weihnachtsgeld und viele weitere „wetterabhängige“ Zulagen – die Menschen im Land träumen von dergleichen ANMAßUNGEN, insbesondere die Rentner. Frei nach der Devise: „Wer hungert, wird früher sterben“ – zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig; aber was heißt in Ihren Augen schon „zu wenig“? Ist es Ihre Blindheit, oder wie soll ich dies benennen, dass die Menschen/Rentner mit ständig weiteren Erhöhungen in allen Lebensbereichen von dieser REGIERUNG belastet werden – mal ist der Krieg für die drastischen Erhöhungen der Energiepreise schuld, mal ist es das Eigenverschulden der Menschen im Land, da diese „umweltfrevelhaft“ gelebt haben, und mal müssen diese einfach die „abstrusen“ Ideen eines Herrn Habeck schlucken; so könnte ich endlos weitere „Planvorhaben“ dieser „grünen Ideologie“ benennen. Und da Rentner schon immer „genügsam“ in ihrer Lebenshaltung sind, bis auf ein paar Ausnahmen, wird die Generation, die dieses Land wirtschaftlich zu dem Erfolg in der Welt gebracht hat, (…) muss der bewusste Gürtel eben noch enger geschnallt werden – das letzte Loch ist aber nun erreicht. Diese Regierung macht KAPUTT, was Generationen aufgebaut haben, und Sie gehören dazu, Herr Heil. Schämen Sie sich nicht, Herr Heil, Rentnern in diesem „so reichen Land“, wo diese Regierung exorbitante Summen in der Welt verteilt, ohne irgendwelche Gegenleistung zu erhalten, diese Rentner mit einer RENTENANPASSUNG in Höhe von ein paar Euro verhöhnt werde? (…) Sie, die Regierung, spricht von einer DELIGITIMIERUNG des Staates und erlässt vorsorglich drastische Gesetze bei angeblichen Vergehen. Sie und diese Regierung DELIGITIMIEREN täglich dieses Volk und insbesondere die Rentner im Land; diese Regierung, einschließlich Ihrer Person, verhöhnen diese Menschen ganz offen bei jeder passenden Gelegenheit, indem die Menschen, insbesondere die Rentner, ausgegrenzt werden.

In welcher DEMOKRATIE, in welchem RECHTSSTAAT wähnen Sie sich, dass Sie Menschen, nämlich ca. 21 Millionen, verhöhnen und ein Großteil ins soziale Abseits drücken – wogegen Sie und die übrigen Regierungsmitglieder Gelder in unvorstellbarer Höhe und Menge „in die Welt werfen“ – Gelder, die Ihnen nicht gehören.

Als ehemaliger freigekaufter politischer Häftling der SBZ unterlagen wir dem FremdRentenGesetz mit unseren Anwartschaften im Rentenrecht. Durch eindeutigen RECHTSBRUCH wurden meiner Ehefrau und mir diese FRG- Anwartschaften gestrichen; aber nicht nur dieser Rechtsbruch ist an Menschen festzustellen, die AKTIV dieses SED-System bekämpften und somit zu den „Vätern der Einheit“ zu zählen sind.

Die gesundheitlichen Haftfolgen führten zu langjähriger Arbeitslosigkeit, welche zu einer gravierenden Minderung der nunmehr bewilligten „OstRenten“ führte. Der Kampf um die Anerkennung dieser Haftfolgen währt bereits über 13 Jahre – frei nach dem Grundsatz der Politik: Bevor wir dies anerkennen, werden sie schon wegsterben. Mit einem Rentenwert von 0,48 liegt das „frühe Wegsterben“ auf der Hand.

Aber nicht nur die „Alten“ unterliegen Ihrer deutlichen Abneigung eines SORGENFREIEN RENTNERLEBENS in Deutschland. Der Anteil von Kinderarmut betrifft im Jahre 2023 sage und schreibe 2,9 Millionen Kinder in Deutschland – wofür Sie verantwortlich zeichnen!

Es ist purer Hohn, wenn Bundespräsident Steinmeier die Worte spricht: „Wir leben im besten Deutschland, das es je gab.“ Welch ein Hohn, welch eine Brüskierung der Menschen, die dieses Land aus den Trümmern des Krieges aufgebaut haben.

Hochachtungsvoll
Christa Graetz, Wolfgang Graetz

Anm. d. Red.: Der vorstehende Leserbrief wurde gekürzt. Grundsätzlich gilt weiterhin, dass Leserbriefe weder in ihrem Anliegen noch in der Formulierung der Meinung der Redaktion und des Herausgebers entsprechen müssen. In dem hier abgedruckten Text handelt es sich zudem um ein persönliches Schreiben des Ehepaares Graetz an Minister Hubert Heil. Der Brief wurde bereits am 2. August 2023 verfasst. Es liegt keine Information über eine Antwort vor.

Anzumerken ist überdies, dass Hubertus Heil schon in der vorigen Amtsperiode die Einführung einer Grundrente bis zum Ende des Jahres 2023 zugesagt hatte. Für die Erfüllung der Zusage bleiben nur noch wenige Tage.

Herr Heil hat weiterhin ein sehr höfliches Schreiben des Fg- Redakteurs mit der Bitte um ein Gespräch zur Verbesserung der Opferrente mit einem Verantwortlichen seines Ministeriums nicht beantworten lassen.

Es ist bedauerlich, dass Politiker, die gewählt und mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zum Regieren beauftragt wurden, dieses Vertrauen nicht mehr rechtfertigen. Das hat unsere Demokratie nicht verdient. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusehen, dass die Zahl der Nichtwähler bei der nächsten Bundestagswahl spürbar zunehmen wird. *ARK*

Die Mauer fiel, doch die alten Methoden und Gewohnheiten blieben

Der DDR-Generation 1986 wird bis heute zu wenig Aufmerksamkeit und Verständnis zuteil

Woran denken wir, wenn wir über die ersten Jahre nach dem Mauerfall sprechen? Die Frage ist schnell beantwortet: Zuerst war da das euphorische Gefühl der geglückten Einheit, das sich mit dem trügerischen Wissen „Alles ist jetzt gut“ verband, danach folgte die Angst vor Existenzverlusten und schließlich begann die Kluft zwischen den alten und den neuen Bundesbürgern sehr weit aufzureißen. Misstrauen, Missverstehen und Missmut prägten das zusehends *misslingende* Zusammenwachsen, das einer wie Willy Brandt für selbstverständlich gehalten hatte. Die Begriffe Ossi und Wessi machten sich in der Umgangssprache breit, das tausendkehlige Bekenntnis „Wir sind ein Volk!“ von 1989 hatte sich angesichts der nicht erwarteten Probleme überlebt.

Diese Probleme, über die wir hier reden, waren diejenigen der sogenannten Erwachsenen. Politiker, Bürgerrechtler, Stasi-Opfer, Stasi-Täter. Eine Vielzahl. Dass auch etwas mit Kindern geschah, ist bis heute wenig thematisiert worden. Es sind die Jahrgänge ab Mitte der 1980er. Eine Generation, auf deren Wahrnehmung man in den neu ausgerufenen Bundesländern kaum geachtet hat. Mauerfall und Wiedervereinigung waren die Themen der Eltern- und Großelterngeneration. Jene, die zu Beginn der 1990er Jahre noch Kleinkinder waren, begriffen kaum, was vor sich ging, sie hatten auch kaum die Möglichkeit, Fragen zu stellen oder um Beachtung zu bitten.

An dieser Stelle sind wir bei dem Buch, um das es in dieser Fg-Ausgabe geht. Es heißt „Die Möglichkeit von Glück“ und müsste vielleicht besser „Die Unmöglichkeit von Glück“ heißen. Der Name der Autorin ist Anne Rabe, sie ist 1986 in einer mecklenburgischen Kleinstadt an der Ostseeküste geboren. Sie nennt den Namen der Stadt in ihrem Buch nicht, man ahnt jedoch, es handelt es sich um Wismar, und es steckt wenig Respekt und Sympathie in der Autorinnen- Sicht auf die Stadt. Mag es wohl trotzdem sein, dass andere Menschen die Stadt mögen und sie sogar für eine mittelmäßige Krimi-Serie herhalten darf? Indessen ist Wismar nicht das primäre Konfliktthema des Buches. Im Mittelpunkt einer durchaus heftigen, rückblickenden Auseinandersetzung steht die Familie, zudem die Verwandtschaft und das übrige Umfeld. Ganz konkret ist es die Mutter, deren Egoismus und Härte sich durch das gesamte Buch ziehen. Und ganz sicher zeugt das, was die Autorin auf 379 Seiten zu Papier gebracht hat, von großem Mut, auch von Leidenschaft, noch mehr aber von einem hohen Maß an Verzweiflung.

Bücher

=

Fan

Ich als Leser und Rezensent bringe diesem Buch, an dem ich freilich auch Kritik anzubringen hätte, Respekt und empfinde Mitleid. Ich wollte es daher, obwohl es für die Bücherrubrik unserer Zeitung ansonsten zwei brillante Rezensenten gibt, selbst besprechen. Noch mehr hat mich allerdings die Tatsache bewegt, Kinder zu haben, die demselben Jahrgang wie Anne Rabe entstammen und ich längst der Meinung bin, dass gerade dieser Altersgeneration im Übergang von der Diktatur zur Demokratie kaum gerecht geworden ist. (Man nehme als Vergleich die aktuelle Forderung, allen 18-Jährigen eine bedingungslose „Starthilfe“ von 60.000 Euro zu gewähren).

Bei Anne Rabe entsteht zum einen die Angst vor den Nazis. Kaum dass die Mauer gefallen ist, verkriecht sich die Volkspolizei. Eine neue uniformierte Ordnungsmacht, nicht mal im bescheidenen heutigen Format, bleibt aus. Es entstehen rechtsfreie Räume, in denen sich Jugendliche und Ältere quasi Gesetzlosigkeiten erlauben dürfen, die sie im untergegangenen SED-Staat mit Haft zu büßen gehabt hätten oder für die sie vorher gerade noch gebüßt hatten. Nun sind sie da, sie halten sich in der Öffentlichkeit auf und pöbeln keineswegs nur Kinder an oder bedrohen sie unverhohlen.

Ich erlaube mir, nun erneut von mir zu reden. Für mich war diese offensichtliche öffentliche Gefahr einer der Gründe, fünf Jahre nach dem Häftlingsfreikauf und der Übersiedlung mit der Familie nicht zurück ins Brandenburgische zu gehen. Der andere, nicht minder schwerwiegende Grund war meine Angst vor der Wiederbegegnung mit den Mitarbeitern des MfS, den großkotzigen Bonzen, den falschen Freunden von einst und mit so manchen ehemaligen Arbeitskollegen und Nachbarn.

Anne Rabe, in der Ich-Erzählung führt sie den schönen Namen Stine, hat diese Möglichkeit nicht, egal dass der Vater alsbald eine Arbeitsstelle in Hamburg findet. Er will seine Heimatstadt nicht verlassen. Stine und ihr Bruder Tim sind daher „Ost-Kinder“, ihre Erziehung gestaltet sich trotz der angebrochenen neuen Zeit nach den Regeln der DDR. Damals gab man die Kinder morgens in der Kita ab oder schickte sie zur Schule, und am Nachmittag wurden sie in den Hort weitergereicht. Zu Hause hatte man sie abends, wo nicht mehr viel passierte – außer es kamen Beschwerden von der Schule oder es gab schlechte Noten. Den Eltern wurde somit die Erziehungsarbeit abgenommen, und der Staat konnte in Schule und Kindergarten seine politischen Ziele ungehindert erreichen. Ohrfeigen, Kopfnüsse und die traditionelle Tracht Prügel gehörten durchaus zur abendlichen Auswertung. Anne Rabe kann ein Lied davon singen, dass diese Gewohnheit noch lange nach dem Mauerfall Bestand hatte. Wir erfahren es in dem Buch, es tut mir beim Lesen selbst weh, und immer wieder komme ich zu einer Behauptung, über die ich zuvor viel zu wenig nachgedacht habe:

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite unten*

Die Gewalttätigkeit Kindern gegenüber ist Ausdruck des Systems, es ist kein Einzelfall, wenn auch die Tyrannei von Stines Mutter weit über mein selbst erfahrenes und bei anderen beobachtetes Maß hinausgeht. Zucht und Disziplin waren staatliche Maxime, und in der Gesellschaft an sich ging man nicht immer zartfühlend miteinander um. Über fast das gesamte Buch versucht die Autorin, Klarheit zu gewinnen. Für sich, für ihre Kinder, auch noch für den weit entfernt lebenden Bruder. Sie benutzt dabei Monologe, in denen sie sich Wahrheiten und Erkenntnisse erkämpft, die jedoch nicht vollständig sind, da ihr dazu das eigene Erleben fehlt. Vieles greift sie auf, analysiert es, klagt an, ist wütend: Robert Steinhäuser, der Nationalsozialismus, Ausschwitz, Stalingrad, Stalin und seine Verbrechen, die Stasi, bis zur KgU geht sie zurück. Alles, was mit der DDR zusammenhängt, ist wichtig, denn dort ist der Ursprung, den sie selbst nicht bewusst erlebt hat, der sie jedoch prägt. Wissen möchte sie vor allem, was es mit der Biografie ihres Großvaters, einem verknöcherten, einsichtslosen Erz-Kommunisten auf sich hat. „Nie wieder Faschismus!“, das ist der Leitsatz, mit dem er wie die übrigen Genossen alles Unrecht seiner SED rechtfertigt.

Die Frage nach der *Möglichkeit von Glück* tritt dagegen selten in den Vordergrund. Das ist nicht schlimm, weil ich als bekennender Menschenforscher eigene Fragen und Erfahrungen habe und diese mit den Rabe-Texten abgleiche.

Was ist das überhaupt, Glück? Die sozialistischen Lexika *beglücken* uns mit keiner Definition. Im Sozialismus war das Glück Pflicht, der Staat erlaubte keine unglücklichen Menschen. Es ist wie mit der Freiheit. Eine persönliche Freiheit im westlichen Sinne brauchte es in der DDR nicht. Es galt Hegels Behauptung: Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit. Nicht einmal Marx stimmt damit überein (Freiheit ist das Recht, sich auf sich selbst zurückzuziehen).

Wenn ich auf Stines Erzählung schaue, so fehlt mir ein Stück Alltäglichkeit. Freizeit, Familie, das Erlebnis der großen Liebe, die den Namen Hans trägt. Es hätte dem Buch eine gewisse Einseitigkeit genommen und die Vorwürfe, vor allem gegen die Eltern, deren Egoismus und die Selbstgerechtigkeit, ausgeglichen, wäre darüber geschrieben worden. Vielleicht war aber andererseits diese Erziehungsform der maßgebende Antrieb für Stine bzw. Anne, sich mit dem Schreiben zu befassen. Schriftsteller(in) wird man nicht einfach so, das Leben muss einen vorher schon übel angefasst haben.

Mein Fazit: Ich empfehle dieses Buch ohne Wenn und Aber allen, die etwas über die Verhältnisse in der DDR und deren unterschiedliche, aber systemgeprägte Menschen erfahren wollen; auch jenen, die vieles über die Diktatur wissen und dort gelebt und gelitten haben. Man erfährt viel, daher kann es gar nicht genug von diesen Schilderungen geben. *ARK*

Anne Rabe: Die Möglichkeit von Glück. 379 Seiten, 24 Euro.

Sonderbleiberecht für Bundestagsvize Pau?

Darf die Linken-Politikerin ihren Posten weiter behalten?

Am 6. Dezember löste sich die Bundestagsfraktion der Partei Die Linke auf. Fraglich war bis dahin, ob Petra Pau als Mitglied dieser Fraktion ihren Posten als Bundestagsvizepräsidentin behalten wird. Da es Die Linke als Fraktion dann nicht mehr geben wird, wäre es geboten, dass Pau aus dem Amt scheidet und gemeinsam mit den anderen Parteimitgliedern den Bundestag verlässt. Die Einschätzung von Abgeordneten anderer Parteien, Pau sei eine „charakterfeste“ Person, kann kein Argument sein. Abgeordnete sollten grundsätzlich „charakterfest“ sein, sonst haben sie nichts im Bundestag bzw. in der Politik überhaupt zu suchen. Pau war zu DDR-Zeiten Pionierleiterin. Die Fg hat bereits bei ihrem Eintritt in den Bundestag (1998) deutlich darauf hingewiesen, dass diese Art Beruf geschaffen wurde, um Kinder ideologisch auf den DDR-Kurs zu trimmen und sie durch Spiele und märchenartige Geschichtsverfälschungen für die Diktatur gefügig zu machen. Im Präsidium des Bundestags sitzt Pau seit 2006. Dies kann kein Grund sein, sie widerrechtlich in dieser Position zu belassen.

Bereits 2018 war im Thüringer Landtag zu erleben gewesen, dass aufgrund einer Merkel’schen Obrigkeitsentscheidung geltendes deutsches Recht zu Gunsten der Linken gebrochen wurde.

Hugo Diederich

Wir trauern um

Franz Uwe John	**Bezirksgruppe Bernburg**
Wilfrid Binneweiß	**Bezirksgruppe Halle**
Lothar Ech	**Bezirksgruppe Hannover**
Karin Langschaedel	**Bezirksgruppe Leipzig**
Heinz Horatzek	**Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtl.**
Erich Jacobi	**Bezirksgruppe Berlin**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Bayern und Hessen als Signale für den endgültigen Abgesang?

Bauchlandung der Linken bei den Landtagswahlen

✉ Wir gratulieren der Partei „Die Linke“ zu ihrem überwältigenden Wahlsieg in Bayern (1,5 %) und Hessen (3,1 %). Nun verschwindet die seit 1989 dreimal umbenannte SED, die in 40 DDR-Jahren keine demokratischen Wahlen zuließ, endlich aus den Länderparlamenten und 2025 vermutlich auch aus dem Bundestag. Die Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1989 wird erst dann vollendet sein, wenn die Partei, die nach 1945 so viel Unheil angerichtet hat, aus der deutschen Geschichte verschwunden ist. Leider sitzen Gregor Gysi und seine Leute noch immer im Bundestag, weil es ihnen gelungen ist, 2021 drei Direktmandate zu erringen. Als am 7. November 2014 Wolf Biermann dort auftrat, mussten sie zähneknirschend ertragen, dass sie als „der elende Rest dessen, was zum Glück überwunden ist“, bezeichnet wurden. Es ist ein „reaktionärer“ (Wolf Biermann) Verein, auch wenn er sich „progressiv“ gebärdet. *Dr. Jörg B. Bilke*

Kaßberg: Ein positives Resümee

As dem Bericht des Beirats zur Eröffnung

Auf großes Interesse ist unser neu eröffneter Lernort im früheren Hafttrakt B des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses in Chemnitz gestoßen. An den beiden Tagen des Eröffnungswochenendes und dem Freitag der offiziellen Eröffnung mit Ministerpräsident Michael Kretschmer, zahlreichen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie weiteren geladenen Gästen waren insgesamt 3300 Besucherinnen und Besucher auf den Kaßberg gekommen, um den Lernort und die neu entstandene Dauerausstellung zu sehen. Wegen der großen Nachfrage bildete sich am Sonntag zeitweilig eine Warteschlange. „Wir haben“, sagte unser Vereinsvorsitzender Jürgen Renz, „dem Eröffnungswochenende entgegengefiebert und sind mit dem Verlauf sehr zufrieden. Die großartige Resonanz erfüllt uns mit Dankbarkeit. In zahlreichen Gesprächen bekamen wir von den Besuchern viele positive Rückmeldungen. Wir sind sicher, der neue Lernort in Chemnitz kommt genau zur richtigen Zeit und kann ein Anziehungspunkt in der deutsch-deutschen Erinnerungskultur werden.“ Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, bei allen Fördermittelgebern, Sponsorinnen und Sponsoren, unseren Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie unseren vielen weiteren engagierten freiwilligen Unterstützerinnen und Unterstützern. Sie sind es, die dieses Eröffnungswochenende möglich gemacht haben. *Verein Lern- und Gedenkort*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 855/856 erscheint Jan. / Febr. 2024
Redaktionsschluss der FG 853/854 am 22. Nov. 2023